

Betrugsfall „Kapital“

Ivan Glaser, Marx' Kapital – eine Erfindung von Friedrich Engels? Studien zum Historischen Materialismus. 2., verbesserte und ergänzte Auflage o. O. 2018, 68 S., o. Preis.

Das schmale Bändchen von 68 Seiten erschien erstmals 2016 und danach, wohl aus Anlass des 200. Geburtstages von Karl Marx, erweitert in zweiter Auflage 2018. Zum überwiegenden Teil ist es eine Sammlung früherer Arbeiten – darunter Vorträge – Glasers und enthält überdies „Vorüberlegungen zu einer vom Verfasser projektierten Monographie“ (52), worunter wohl eine von ihm „geplante Untersuchung“ (61) zur Vorgeschichte der Edition des ersten „Kapital“-Bandes zu verstehen ist.

Die im Titel formulierte Frage wird seit mehr als einem halben Jahrhundert gestellt. Auch der Terminus „Erfindung“ ist in diesem Zusammenhang nicht neu: Der deutsche Übersetzer der Engels-Biographie von Tristram Hunt: „The Frock-Coated Communist. The Revolutionary Life of Friedrich Engels“ (2009) wählte 2012 die Überschrift: „Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand“. Ivan Glaser wurde 1980 mit der Arbeit „Warum ‚Das Kapital‘ ein Torso blieb: historische und systematische Studien“ habilitiert.

Was gibt es Neues? Der Verfasser stellt fest, dass es keine schriftliche Verfügung von Marx gegeben habe, wonach Engels die noch nicht gedruckten Teile des „Kapital“ aus dem Nachlass veröffentlichen solle. Es handele sich deshalb um ein „fragwürdiges editorisches Mandat“ (13). Dies weckt bei Glaser Zweifel daran, ob Marx überhaupt Interesse an einer Nachfolgepublikation hatte. Er habe Engels zu Lebzeiten „vor-

gehalten“ (16), wie wenig in Wirklichkeit über den ersten Band hinaus vorhanden gewesen sei, das veröffentlichenswert war. Der Freund habe deshalb, als er das Desaster entdeckte, aus dem von ihm vorgefundenen Torso etwas gemacht, das in Wirklichkeit so nie geplant gewesen sei. Diese Behauptung ist ziemlich alt. Neu dürfte dagegen sein, dass der Verfasser den Vorwurf der Textpanscherei nicht nur gegen Engels erhebt, sondern ihn auf Marx selbst ausdehnt, und zwar schon im Zusammenhang mit dem ersten Band.

Der Verleger Otto Meißner lehnte es ab, diesen (wie einst das Buch „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ von 1859) in einzelnen „kleinen Tranchen“ (20) zu veröffentlichen und bestand auf der vertraglich vereinbarten Lieferung eines kompletten umfangreichen Buches. Marx habe gewusst, dass seine wert- und mehrwerttheoretische Argumentation dies nicht hergab. Außerdem habe er mittlerweile eine für sein Revolutionsbegehren „desaströse Entdeckung“ gemacht, nämlich dass „Krisen der kapitalistischen Produktionsweise nicht Vorzeichen ihres Zusammenbruchs, sondern Formen ihrer Durchsetzung“ seien. (27) Um den mit Meißner im Vertrag festgelegten Umfang des Bandes zu erreichen, habe er eine Menge geschichtlich und empirisch aktuelles Material hineingepackt, das den katastrophalen Zustand der auf dem Privateigentum an den industriellen Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft sowie die Zwangsläufigkeit von deren Untergang belege. Es handelt sich also um die Behauptung der Überlegenheit der logischen Methode im „Kapital“ gegenüber der historischen – also wieder nichts Neues, nämlich seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts behauptet

und umkämpft. Originell ist dagegen der implizite Vorwurf einer Art von Betrug: Marx, der nach 1867 den theoretischen Faden seiner Theorie nicht mehr weitergesponnen habe, verschwieg dieser Darstellung zufolge der Arbeiterbewegung, dass das, was er mittlerweile herausgefunden habe, seiner eigenen revolutionären Propaganda, die insbesondere durch die popularisierenden Schriften von Engels – er war seit 1869 nicht mehr im Business in Manchester, zog 1870 nach London und hatte nun die Hände frei – vorangetrieben wurde. Letzterer sei bis zur Einsichtnahme in Marx' Nachlass nach dessen Tod 1883 ebenfalls hinteres Licht geführt worden, habe aber, schließt man sich dieser Argumentation an, durch sein Redigat des zweiten und dritten „Kapital“-Bandes dieses Spiel dann weiter forciert.

Dass „Das Kapital“ nicht nur als Argumentation für eine proletarische Revolution gelesen werden kann, sondern auch als immanente Analyse einer Produktionsweise, wussten schon russische Liberale im 19. Jahrhundert, die es als Prognose einer besseren Zukunft verstanden. 1942 unterschied Schumpeter zwischen dem Propheten und dem Ökonomen Marx.

Darauf, dass er einer Tradition angehört, wenngleich einer anderen als der hier erwähnten, weist der Verfasser in einem Kapitel mit dem Titel „Eine neue Neue Kapital-Lektüre“ (52-64) hin. Er sei früh von Hans Georg Backhaus und Helmut Reichelt beeinflusst gewesen. Allerdings geht er über beide hinaus: Er will nicht nur eine „Neue“, sondern eine „neue Neue Kapital-Lektüre“ (Ebenda und 58), deren Ergebnis er zugleich schon bekannt gibt: „Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind es, die den Raum für eine grenzenlose Ent-

faltung der Produktionsverhältnisse allererst *eröffnen*. Zwischen diesem Fazit und den gesellschaftspolitischen Perspektiven, deren theoretische Fundamente Marx im *Kapital* ursprünglich zu legen versuchte, klafft eine Lücke, die durch keine noch so kunstvolle Hermeneutik auszufüllen ist.“ (55/56; kursiv bei Glaser). Keine der beiden Thesen ist für sich genommen neu, es sei denn, man liest die erste als eine Art Wertung, deren sich die bisherige, also alte, Neue Marx-Lektüre bisher enthalten hat. In ihrer Gesamtheit hat Glaser sie schon bei Franz Borkenau gefunden. (54/55) Von ihm übernimmt er auch die Behauptung, nach seiner „Wende“ von 1867 (dem Auseinanderfallen von Analyse und Revolutionserwartung) sei Marx ab 1871 zum utopischen Sozialismus zurückgekehrt. (50) Bedenkenswert sind vielleicht Ausführungen über Hebel- und Bremswirkungen des Kredits. (48/49) Der Verfasser selbst „nimmt für sich Originalität in Anspruch“ für seine Entdeckung von Marx' „Kapitulation als Theoretiker“ (35), verbunden mit dem Nachweis von dessen Betrug: zuerst an Engels, dann (nunmehr mit diesem als Komplizen; es sei denn, der habe es bis ans Ende seiner Tage nicht gemerkt) an der Arbeiterbewegung und an uns allen, den Deppen.

Georg Fülberth

Sozialistische Knotenpunkte

André Biederbeck, *Das Dortmunder Arbeitermilieu 1890-1914*, Böhlau Verlag, Köln/Weimar 2019, 426 S., 60 Euro

Der Historiker André Biederbeck hat eine beeindruckende Studie vorgelegt. Ausgehend vom Konzept des „kollektiven Gedächtnis“, das der französi-

sche Soziologe Maurice Halbwachs¹ wesentlich geprägt hat, analysiert er die Bedeutung von Räumen und Orten für die Konstituierung einer sozialistischen Identität. Als Untersuchungsraum hat er das Gebiet der heutigen Stadt Dortmund gewählt. Zeitlich konzentriert er sich auf die Jahre 1890 bis 1914, also die Zeitspanne vom Ende der Sozialistengesetze bis zum Beginn des 1. Weltkrieges.

Biederbeck gibt zunächst einen Überblick über die wirtschaftliche und die demographische Entwicklung im Dortmunder Raum und gelangt auf dieser Grundlage zu dem ersten Zwischenfazit, „dass die Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur des Dortmunder Gebiets für die Herausbildung eines sozialistischen Milieus die notwendigen Voraussetzungen bot“. (63)

Für die Konstituierung einer sozialistischen Identität ist es von großer Bedeutung gewesen, dass sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts die betrieblichen Erfahrungswelten und sozialen Lage der Arbeitenden angeglichen haben. Aus diesem „gemeinsame ‚Erfahrungsfundus‘“, (85) folgt aber nicht automatisch die Ausbildung eines sozialistischen Milieus. Nur wenn eine größere Zahl von Angehörigen der Arbeiterklasse tatsächlich die eigene Lage in spezifischer Weise deutet, sich in einem breit gefächerten und miteinander verwobenen sozialistischen Gewerkschafts- und Vereinswesen organisiert und der Sozialdemokratischen Partei bei den Wahlen die Stimme gibt, können Milieustrukturen als existent angenommen werden – so die These Biederbecks. (32) Seine Untersuchung der Entwicklung der

Siedlungsstruktur und der Entwicklung des sozialistischen Vereinswesens bestätigt diese These und so gelangt Biederbeck zum zweiten Zwischenfazit, „dass es in Dortmund zwischen 1890 und 1914 ein sozialistisches Milieu gegeben hat“. (348)

Welche Bedeutung haben nun Räume und Orte für diese Konstituierung eines sozialistischen Milieus? Wie erwähnt greift Biederbeck hierzu auf das Konzept des „kollektiven Gedächtnisses“ zurück. Halbwachs unterstellt, dass Menschen ihre Erinnerungen innerhalb eines festgelegten Raums wiederfinden, und dass es das Selbstbewusstsein einer Gruppe stärkt, solche Erinnerungsorte geprägt zu haben. Die vertraute Physiognomie eines Ortes bietet Identifikationsmöglichkeiten und regt auch dadurch die Bildung und Festigung von Gruppenidentitäten an.

Solche Orte werden von Biederbeck „sozialistische Knotenpunkte“ (135 ff.) genannt. Das können Vereinslokale, Gaststätten, Partei- und Gewerkschaftsbüros oder Läden von Konsum- und Sparvereinen sein.

In einer enormen Fleißarbeit identifizierte er über 170 Stätten, an denen sich im Dortmunder Raum die sozialistische Arbeiterschaft getroffen hat. Nicht alle dieser Stätten erfüllen jedoch die Funktion eines „sozialistischen Knotenpunktes“. Dazu müssten sie über eine längere Zeit von verschiedenen Nutzergruppen und für verschiedene Veranstaltungstypen genutzt worden sein. Zudem kommt es auch auf die Häufigkeit der Nutzung an. Diese Anforderungen erfüllten 52 der identifizierten Stätten.

Anhand einer akribischen Beschreibung werden für 13 dieser Stätten die Lage im Untersuchungsgebiet, das Raumpro-

¹ Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*, 1939 (dt. 1967).

gramm, das Erscheinungsbild sowie die Ausstattung dieser Gebäude ausführlich vorstellt. Eingehend wird ihre Funktion für eine mögliche Milieubildung analysiert. So entsteht ein guter Eindruck von der „Bedeutung der Gebäude für die Entstehung und Verfestigung einer sozialistischen Gemeinschaft“. (141)

Aber die Studie hat auch Schwächen. So irritiert Biederbecks Gleichsetzung von sozialdemokratischem Arbeitermilieu mit dem „Dortmunder Arbeitermilieu“ als Ganzes. Dabei weist er selbst wiederholt auf „Konkurrenzorganisationen“ (85), wie die christlichen Gewerkschaften oder die national-liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, das starke Abschneiden der katholischen Zentrumsparterie auch in der Arbeiterschaft oder die Präsenz der christlichen Gemeinschaften mit ihrem umfangreichen Vereinsnetz, ihren Kirchenbauten und Gemeindehäusern in den Arbeiterquartieren hin. Zudem bestand die deutsche Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg in ihrer sozialen Zusammensetzung nicht nur aus Facharbeitern und Handwerkern, also den Berufsgruppen, aus deren Reihen sich die Mitgliedschaft der Sozialdemokratie in besonderem Maße rekrutierte. Karl Heinz Roth wies schon 1974 darauf hin, dass zur Arbeiterklasse auch die ungelerten Handlanger und die nichtprofessionellen Schwerarbeiter gehörten.² Er mahnte zu Recht an, sich auch diesen proletarischen Schichten zuzuwenden. Wer über das Dortmunder Arbeitermilieu forscht, der darf diese Menschen nicht nur beiläufig als „Hypothek für die Ausbildung sozialistischer Verge-meinschaftungsformen“ (65) erwähnen,

beruhte der starke Bevölkerungsanstieg in Dortmund doch im Wesentlichen auf dem anhaltenden Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte. Darunter waren vor allem ab den 1880er Jahre viele ungelernete Kräfte aus den agrarisch geprägten preußischen Ostprovinzen.

Der Schwerpunkt von Biederbecks Studie liegt auf einzelnen Gebäuden. In der historischen und stadtsoziologischen Forschung steht jedoch eher der Zusammenhang zwischen segregierten Wohnquartieren der arbeitenden Klassen und der Herausbildung von Klassenbewusstsein und -milieus mit ihren je eigenen Lebensformen und Kommunikationsstrukturen im Vordergrund. Um zu Hochburgen der Arbeiterbewegung zu werden, bedurfte es in diesen Wohnquartieren nicht nur der Ergänzung der Arbeitsplatzererfahrungen durch gleiche Alltagserfahrung in der arbeitsfreien Zeit und der nachbarschaftlichen Kontakte, sondern auch einer organisierten Arbeiterbewegung, die politische Orientierung vermitteln konnte. Hier kommen zwar Biederbecks „sozialistische Knotenpunkte“ ins Spiel, allerdings als ein Bestandteil eines umfassenden Syndroms. Auf die anderen Bestandteile dieses Syndroms und ihre Wechselbeziehungen geht Biederbeck aber nur beiläufig ein.

Zum Schluss: Geradezu grotesk ist Biederbecks Darstellung der „Defizite der Klassenmodelle“. (15) In gerade einmal zwölf Zeilen, ergänzt um drei Fußnoten, handelt er den marxistischen Klassenbegriff ab. Nach Biederbeck hat Marx postuliert, dass das Bewusstsein eines Menschen und seine Sicht auf die Welt „allein und notwendigerweise“ (15) durch die Stellung im Produktionsprozess bestimmt wird. Diese „Kenntnisse“ fußen ausschließlich auf

² Karl Heinz Roth, Die „andere“ Arbeiterbewegung, 1974.

Sekundärliteratur. Selbst für seine Kritik am „Kapital“ hat er – ausweislich des Literaturverzeichnisses – keinen Blick in das Original geworfen. Eine so oberflächliche Befassung verwundert in einer ansonsten akribischen wissenschaftlichen Arbeit.

Hans Günter Bell

Dichte, wo Du stehst

Dirk Krüger, Gegen das Vergessen. Fünf Wuppertaler Arbeiterschriftsteller und Widerstandskämpfer gegen die Nazi-Diktatur, Wuppertal, NordPark Verlag 2018, 408 Seiten, 18 Euro

Dass die Industriestadt Wuppertal, 1929 durch die Vereinigung von Cronenberg, Barmen, Elberfeld, Ronsdorf und Vohwinkel entstanden und 1930 mit ihrem heutigen Namen versehen, als Literaturlandschaft gilt, verdankt sich u.a. dem Interesse an dem 1820 in Barmen geborenen Friedrich Engels. Er gehörte in seinen sehr jungen Jahren einem „Dichterkränzchen“ an. Der Marx-Engels-Forschung entging das nicht, und dabei kam en passant auch Umliegendes in den Blick. Es war nicht der einzige Zirkel dieser Art. Auch Ferdinand Freiligrath, 1837 bis 1839 Kaufmannsgehilfe in Barmen, hatte einen solchen Kreis gegründet. In den Folgezeiten bis heute hat sich auf lokaler Ebene eine Forschung etabliert, die den „poeta minor“ entdeckte: Schriftsteller(innen) eher kleineren Formats, die aber starke lokale und regionale Wirkung ausübten. Das war eine andere Welt als diejenige der Dichter(innen) von nationaler oder sogar internationaler Bedeutung, die am gleichen Ort, aber nicht in demselben Milieu geboren wurden oder tätig waren. Wieder am Beispiel Wuppertal: Else Lasker-Schüler kam 1869 in Elber-

feld zur Welt. Solche Konstellationen lassen sich in fast jeder großen Stadt ausfindig machen, etwa in Frankfurt/Main mit Goethe („Faust“) und Robert Stoltze („Es will merr net in de Kopp enei,/Wie kann nor e Mensch net von Frankfort sei“) oder Darmstadt: Georg Büchner („Dantons Tood“) und Ernst Elias Niebergall („Der Datterich“).

Der beengte Bereich von poetae minores braucht nicht immer in einer Kommune oder einer Landschaft zu bestehen, auch Gesinnungs- und Handlungsgemeinschaften können den Rahmen bilden. Hierher gehören die Verfasser von Kirchenliedern oder von Arbeiterdichtung.

Letztere war seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts über mehrere Jahrzehnte hin ein stark gepflegtes Genre.

Einer Überschneidung von regionaler und weltanschaulicher literarischer Lebenswelt, ausgerechnet wieder in Wuppertal, widmet sich der Germanist Dirk Krüger. Geboren 1940, an die Universität gekommen auf dem zweiten Bildungsweg, wurde er 1970 Mitglied im vom Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) und vom Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) gestellten Vorstand des Verbands deutscher Studentenschaften (VDS). Sein wissenschaftliches Spezialgebiet, auf dem er auch promovierte, wurde die antifaschistische Jugendliteratur im Exil. Ein bleibendes Verdienst erwarb er sich 1987 durch die Edition des Romans „Vier spanische Jungen“ von Ruth Rehwald, auf das er durch eine Archiventdeckung von Silvia Schlenstedt vom Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR aufmerksam gemacht worden ist.

Sie wurde 1931 in Wuppertal geboren. Dort arbeitete Dirk Krüger als Grundschullehrer und setzte – neben seinen Studien zum Exil – die Tradition der lokalen Literaturforschung fort, jetzt fokussiert auf Arbeiterdichter. Dabei stieß er auf fünf interessante Biografien.

Werner Möller, 1888 in Barmen geboren, lernte Klempner, organisierte sich früh in der SPD und veröffentlichte politische Gedichte in der Arbeiterpresse. Ab 1914 gehörte er zur Anti-Kriegsopposition und wurde zu Gefängnis verurteilt. Weiterhin blieb er literarisch aktiv. Er zog nach Neukölln, schloss sich den „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ an, die an der KPD-Gründung teilnahmen, und gehörte im Januar zu den Besetzern des „Vorwärts“-Gebäudes. Als einer der Parlamentäre, die dessen Übergabe einleiten sollten, wurde er von Noske-Soldaten ermordet.

Emil Ginkel, geboren 1893 in Elberfeld, war 1920 an den Aktionen gegen die Rote Ruhr-Armee beteiligt, wechselte die Seiten, schlug sich nach Quitting des Dienstes in verschiedenen Beschäftigungen, darunter auch in einer Färberei, durch, schloss sich der USPD an, ging mit deren Mehrheit 1920 zur KPD, lebte zeitweilig in Berlin, war Mitbegründer des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller und hatte mit seinem Gedichtband „Pause am Lufthammer“ (1928) großen Erfolg. Ab 1933 leistete er, nun wieder in Wuppertal, antifaschistische Arbeit, wurde nicht entdeckt, war nach dem Krieg zunächst in einem Textilbetrieb beschäftigt und wurde entlassen, nachdem er die Unterstützung der NSDAP durch die Firmenleitung aufgedeckt hatte. Von 1950 bis zum Parteiverbot 1956 war er Lokalredakteur

des KPD-Zentralorgans „Freies Volk“ in Velbert. Er starb 1959 in Wuppertal.

Peter Kast (eigentlich Karl Preissner), 1894 in Elberfeld geboren, war Kunst- und Bauschlosser, diente im Ersten Weltkrieg auf einem Torpedoboot, war im November 1918 Mitglied in einem Arbeiter- und Soldatenrat und wurde Gründungsmitglied der KPD. In den zwanziger Jahren veröffentlichte er erzählende Prosa und Reportagen in der Arbeiterpresse, darunter in der KPD-Zeitung „Die Rote Fahne“. Von einem Wertarbeiterdrama ist nur ein Fragment erhalten geblieben. Als Sitzredakteur erhielt er 1932 eine Gefängnisstrafe. Da weitere Verfahren gegen ihn anhängig waren – wegen Hoch- und Landesverrats –, emigrierte er Ende des gleichen Jahres nach Prag. 1935 ausgewiesen, kam er nach Moskau, wo er u.a. eine Komödie und in Buchform eine große Erzählung – „Der Birnbaum“ – über Erlebnisse im Ersten Weltkrieg veröffentlichte. In der Zeit der Stalinschen Säuberungen nahm er an einer geschlossenen Parteiversammlung der deutschen Kommission des sowjetischen Schriftstellerverbandes teil. Ab 1937 war er Journalist im spanischen Bürgerkrieg und verarbeitete seine Erfahrungen in mehreren Erzählungen. 1939 wurde er in Frankreich interniert. 1941 konnte er fliehen. Er kämpfte in der Résistance, kam danach in die Schweiz, wo er in einer Abschnittsleitung für die konspirative Arbeit nach Deutschland hinein und im Nationalkomitee Freies Deutschland arbeitete. Seine erzählende Prosa in dieser Zeit begleitete diese politischen Aktivitäten. Nach dem Krieg ging er in die SBZ, war zunächst dort Redakteur und ab Anfang der fünfziger Jahre Freier Schriftsteller in der DDR. Dort ist er 1959 gestorben.

Werner Eggerath wurde 1900 in Wuppertal geboren, war Bergmann und nahm 1920 „in führender Position“ (90) am Generalstreik gegen den Kapp-Putsch teil. Er wurde KPD-Mitglied und Ende 1932 zum Studium an die Internationale Lenin-Schule nach Moskau delegiert. Im März 1933 kehrte er nach Deutschland, diesmal nach Berlin, zurück, in den Widerstand. 1935 wurde er vom Volksgerichtshof zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Befreiung 1945 ging er in die sowjetische Besatzungszone. Von 1947 bis 1952 war er Ministerpräsident (damalige offizielle Bezeichnung: „Regierungspräsident“) von Thüringen, 1952-1954 Staatssekretär im Ministerrat (dort befasst mit der Ersetzung der Länder durch Bezirke), 1954-1957 Botschafter der DDR in Rumänien, bis 1960 Staatssekretär für Kirchenfragen, danach Freier Schriftsteller.

In der Weimarer Republik war er Mitglied der Arbeiterkorrespondentenbewegung gewesen. 1947 veröffentlichte er das Buch „Nur ein Mensch“ über seine Zuchthaus-Zeit. Als sein Hauptwerk gilt „Die Stadt im Tal“ über die politischen Kämpfe in Wuppertal 1932. Romane und Reportage-Bände behandeln – oft auf eigenen Erlebnissen basierend – vor allem Themen aus der Geschichte der Weimarer Republik und der DDR. Werner Eggerath starb 1977.

Der Stuckateur *Walter Kaiser-Gorrich*, 1909 in Barmen geboren, ab 1931 Mitglied der KPD, emigrierte 1933 in die Niederlande, Belgien und Frankreich. Ab 1936 kämpfte er in den Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg. Nach der Niederlage wurde er in Frankreich interniert und an Deutschland ausgeliefert, wo er wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren

und drei Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. 1943 ist er zum Strafbataillon 999 eingezogen worden, 1944 lief er zur Roten Armee über. Von 1945 bis 1949 wirkte er in der SBZ an führender Stelle beim Aufbau der Deutschen Volkspolizei mit. Danach war er Freier Schriftsteller und verfasste Romane, Erzählungen und Drehbücher, in denen er seine Kampferfahrungen in Frankreich und Spanien verarbeitete. Er starb 1981.

Dirk Krüger hat diese Lebensläufe in mühsamer Arbeit rekonstruiert, teilweise auf der Grundlage von Privatarchiven und in Gesprächen mit Hinterbliebenen. Seine Kommentare zum schriftstellerischen Werk der Dargestellten sind nüchtern und machen keine Abstriche in der Wertung der literarischen Qualität. Das Urteil hierüber bleibt letztlich den Leserinnen und Lesern überlassen: Der zweite Teil des Buchs versammelt Auszüge aus den Werken der Autoren. Sie regen zumindest bei Ginkel, Kast und Kaiser-Gorrich dazu an, aus literaturästhetischen Gründen mehr als nur diese Kapitel zur Kenntnis zu nehmen.

Der Titel des Buchs stellt es in einen auch aktuellen geschichtspolitischen Kontext: als Beitrag zur antifaschistischen Gedenkkultur.

Georg Fülberth

Fundgrube der Faschismusforschung

Manfred Weißbecker, Noch einmal über die Bücher gehen. Texte aus einem geteilten Historikerleben, Köln 2020, PapyRossa Verlag, 468 S., 32 Euro

Manfred Weißbecker, Nestor der marxistischen Faschismusforschung in

Deutschland, hat in einer Situation, in der rechtsextreme, demokratiefeindliche, rassistische, völkisch-nationalistische und neofaschistische Kräfte immer dreister ihr Haupt erheben, seine Arbeiten der „kleinen Form“ auf Aktualität im Kampf gegen rechts durchmustert. Artikel und Vorträge in Sammelbänden, Zeitschriften oder ähnlichen Streulagen sind Arbeitsfrüchte des Historikers, die in relativer Abgeschiedenheit auf Leser warten. Weißbecker hat aus seinem Fundus 30 Texte aus den Jahren 1976-2019 ausgewählt, die ihn als kompetenten und anregenden „Historiker und kritisch beobachtenden Zeitgenossen“ ausweisen. Er bekennt: „Mein Blick zurück kommt nicht aus ohne den auf unsere Gegenwart, erst recht nicht ohne den auf neue Gefährdungen unserer Zukunft.“ (446)

Ein Drittel der ausgewählten Texte widerspiegelt die Faschismusforschung in der DDR. Zwei Drittel entstanden, nachdem die marxistische Faschismusforschung durch die „Abwicklung“ ihrer Potentiale zwar ihre institutionelle Basis verloren hatte, aber die Forscher selbst, nun vor allem auf die Rosa-Luxemburg-Stiftung gestützt und alarmiert durch weltweites Anwachsen von Nationalismus und Rassismus, ihre Arbeiten nicht nur fortsetzten, sondern intensivierten.

Weißbecker leitet seine „Anthologie“ mit einem gewichtigen biographisch geprägten Essay zur Geschichte der Faschismus-Forschung in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten ein. Er zeigt, wie jeweils von andersartigen politischen Geschehnissen und gesellschaftlichen Entwicklungen bestimmte Herangehensweisen zu sehr verschiedenen Forschungsansätzen und Faschismusbegriffen führten. In der DDR

entwickelte sich trotz ideologischer und politisch-administrativer Restriktionen eine am materialistisch-dialektischen Denken von Marx und Engels orientierte Interpretation des Faschismus, die mit zunehmender Komplexität des Forschungsansatzes ökonomistische Enge überwand. In der BRD gab es vorherrschend „Deutungsvarianten, bei denen ... der schillernde Begriff Nationalsozialismus den des Faschismus überdeckte..., mal stärker, mal schwächer, stand allein Hitler im Vordergrund..., die willkommene Möglichkeit, Verantwortung und Schuld anderer zu verschleiern und zu leugnen.“ (13f.) Die Einleitung des Buches liest sich wie ein Ansatz zu einer bisher nicht geschriebenen Geschichte der deutschen Faschismusforschung.

Die Textsammlung ist in fünf thematische Teile gegliedert. Teil I ist der Janusköpfigkeit der Weimarer Republik gewidmet, in der sich Chancen zur Demokratieentfaltung und die besonders rabiante Ausprägung des deutschen Faschismus gegenüberstanden. Die Studien über den Angriff völkisch-rechtskonservativer und faschistischer Bewegungen auf das Parteienwesen und die parlamentarisch-demokratische Republik sind von geradezu brisanter Tagesaktualität. Bereits 1987 hatte Weißbecker geschrieben: „Je geringer in der Weimarer Republik die Chancen der antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte gehalten, je stärker sie in der Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer Ziele behindert wurden, desto mehr sah sich auch die Weimarer Republik ihren Zerstörern in wachsender Chancenlosigkeit und Ohnmacht ausgesetzt.“ (112) Ein früher Eintrag in das „Poesiealbum“ der Bundesrepublik, dessen Warnwert angesichts des

Umgangs von Staatsbehörden mit der VVN/BdA dringend wahrgenommen werden muss.

Teil II bietet parteigeschichtliche Studien über die NSDAP, besonders zur Entwicklung und Wirksamkeit der faschistischen Ideologie und Demagogie. Die im Teil III unter der Überschrift „„Führer‘ und Anhängerscharen“ zusammengefassten Texte vertiefen die das ganze Buch durchziehende Diskurslinie über das Verhältnis zwischen politischen „Führern“ und deren Massenbasis. Teil IV zeigt den Faschismusforscher Weißbecker als Regionalhistoriker. Liest man diesen Teil unter dem frischen Eindruck, den die Rolle der AfD und der bürgerlichen Parteien während der thüringischen Regierungskrise im Februar/März 2020 hinterließ, so wird deutlich, wie wichtig und lehrreich die Kenntnis der thüringischen Geschichte in der Vorgeschichte der faschistischen Diktatur ab 1933 ist. Der Thüringen-Teil ist ein Aufruf an die regionalgeschichtliche Forschung, nach dem in diesem Buch angebotenen reichhaltigen und differenzierten Instrumentarium zu greifen und die Untersuchung der regionalen und lokalen Entstehung und Entwicklung von Faschismus unter Beachtung der jeweiligen Entwicklungsbesonderheiten voranzutreiben. Teil V beschließt die Sammlung mit Überlegungen zur „Faschismus-Kritik – gestern und heute“.

Es ist unmöglich, auf die vielfältigen Aspekte der dokumentierten Texte einzugehen. Hervorgehoben seien aber aus aktuellen Gründen drei Themen.

Erstens: Das auffälligste, das ganze Buch wie einen roten Faden durchziehende Diskursthema ist die Suche nach Antwort auf die Frage, wie die bis zu-

letzt stabile Massenbasis des Faschismus zustande kam. Weißbecker zeigt, wie die DDR-Forschung allmählich die „Denk-Barriere“ überwand, die Rolle der Volksmassen in der Geschichte sei grundsätzlich positiv. Damit sei der Blick der Forschenden über die objektiven Entstehungsbedingungen von Faschismus in der kapitalistischen Gesellschaft hinaus auf seinen Massenanhang gerichtet worden. Dieser, so resümiert Weißbecker, beruhe „nicht in erster Linie auf schlichtem Unvermögen, der Manipulation entschlossen entgegen zu treten. Alle Manipulation durch Herrschende wäre vergeblich, würde es nicht auch die Bereitwilligkeit der Beherrschten geben, sich beeinflussen und sogar ‚berauschen‘ zu lassen“. (17f.) Zurecht würdigt Weißbecker das von ihm 2017 aus dem Nachlass von Kurt Pätzold edierte Buch „Gefolgschaft unterm Hakenkreuz“ als markantes Zeugnis des Fortschritts marxistischer Faschismusforschung, die nun weit über das früher nur marginal vorhandene linke Nachdenken über „Ideelles“ hinausgekommen sei. Ohne die humanontologische Definition des Menschen als biopsychosoziale Einheit zu bemühen, aber ganz in ihrem Sinne, erhalten „Emotionen, Apathien, Ängste, Gewohnheiten, Dummheiten usw.“, ja auch Karrierismus und Opportunismus ihren gebührenden Stellenwert in der Untersuchung der Massenbasis autoritärer Führungen. (298) Man lese also dieses Buch auch als einen Aufruf zur Debatte über Manipulation, Manipulierbarkeit und Bereitschaft, sich manipulieren zu lassen, über Volksmassen, die dazu gebracht werden können, sich wider eigene Interessen zu verhalten und „gesolltem Wollen“ zu folgen.

Zweitens: Wer sich mit der aktuellen Russophobie in der Politik des Westens auseinandersetzt, sei speziell auf den Vortrag Weißbeckers über die Russophobie in der Vorbereitung des faschistischen Überfalls auf die UdSSR hingewiesen. Diese faschismushistorische Studie zeigt generalisierend, wie Staatsführungen in der Auseinandersetzung mit ihren vermeintlichen äußeren Gegnern und Machtkonkurrenten eine „dumpfe Massenloyalität“ zu schaffen suchen. Dazu werden Feindbilder konstruiert, „Gut“ und „Böse“ plump, einander ausschließend, gegenübergestellt, die Anderen diskreditiert und die eigene Überlegenheit, unterstützt durch Drohgebärden, propagiert. (222)

Drittens: Manfred Weißbecker ist zu danken, dass er seiner Textsammlung über Faschismuskritik und Faschismustheorie Beiträge beigelegt hat, die sich mit dem Antifaschismusbegriff befassen. Ursprünglichen, elementaren Antifaschismus sieht er in allen sozialen Klassen und Schichten, von passiver „innerer Emigration“, also persönlicher Bewahrung humanistischer Werte, bis zum bewaffneten Widerstand. Ein solcher breitgefächelter Antifaschismus sei in der DDR von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung verinnerlicht worden. Zugleich aber habe es in der DDR einen „Antifaschismus-Verlust“ gegeben, weil deren Führung Antifaschismus instrumentalisiert und ritualisiert habe. Weißbecker fordert eine – auch die Entwicklung einer Antifaschismustheorie fördernde – Diskussion über „Antifaschismus heute“ heraus, über die Rückbesinnung auf sein ursprüngliches und differenziertes soziales und politisches Potential für heutige Kämpfe gegen Faschismus und Rechtsextremismus in jedweder Form. (420-445)

Genau genommen ist das ganze Buch ein Aufruf zur sachkompetenten Debatte über deutsche Geschichte und über die Geschichte der Deutung des Faschismus. Dieser Diskurs bedarf jener Kultur des Erinnerns und Streitens, die Weißbecker in seinen Schriften vorbildlich pflegt. Sein Buch ist also Verschiedenes zugleich, ein Beitrag zur historischen Analyse des Faschismus, eines über die Entwicklungsgeschichte der marxistischen Faschismuskritik, eines mit zahllosen Anregungen für die Auseinandersetzung mit heutigem Nationalismus und Rassismus. Und vor allem ist es eine Fundgrube an Wissen und wissenschaftlich begründeter Argumentation für alle, die im Faschismus jeder Färbung weder Nationales noch Sozialistisches erkennen können und die dem Aufruf des Autors für eine „Erinnerungs- und Gedenkkultur“ folgen wollen, „die eine breite Bewegung gegen alle Rechtsentwicklung und Friedensgefährdung ermöglicht“. (447)

Gerhard Engel

Österreichische Kommunisten im Spannungsverhältnis von Mitregieren und Opponieren 1945-1955

Manfred Mugrauer, Die Politik der KPÖ 1945-1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation (=Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 14), Vienna University Press erschienen bei Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen 2020, 833 S., 75 Euro

Aus dem heute begrenzten Einfluss der Kommunistischen Partei Österreichs wird nicht selten auf deren generelle Bedeutungslosigkeit geschlossen. Das

wird aber ihrer historischen Rolle – besonders in den ersten Nachkriegsjahren – und deren Wirksamkeit auf Feldern außenparlamentarischer Politik nicht gerecht. Dies gründlich belegt und dargelegt zu haben, ist das Verdienst des Autors. Als Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und wissenschaftlicher Sekretär der Alfred Klahr Gesellschaft war Mugrauer mit seiner profunden Quellenkenntnis wie kein anderer geeignet, sich diesem vernachlässigten und in der Atmosphäre des Kalten Krieges voreingenommen und verzerrt dargestellten Gegenstand zu widmen. Das wird ihm im Vorwort auch vom Herausgeber der Reihe „Zeitgeschichte im Kontext“ Oliver Rathkolb bescheinigt.

Der Autor hat seine aus einer Dissertation hervorgegangene Studie in 14 Kapitel gegliedert, die teils der Chronologie folgen, teils bestimmte Politikfelder längsschnittartig behandeln. Das führt allerdings unvermeidlich zur Überschneidungen und Wiederholungen.

In der Einleitung begründet er sein Forschungsinteresse und wissenschaftliche Herangehensweise und analysiert Forschungsstand und Quellenlage. Hier werden bereits wichtige Einschätzungen getroffen, welche die Aufmerksamkeit auf wesentliche Ergebnisse dieser Untersuchung hinlenken, allerdings auch manche Schlussbetrachtungen vorwegnehmen. Hingegen wird darauf verzichtet, mit einem die Vorgeschichte bilanzierenden Einstieg ein Gesamtbild des Zustandes der Partei, ihrer Lernprozesse im antifaschistischen Kampf und ihrer strategischen Orientierung zum Zeitpunkt der Befreiung zu vermitteln.

Am stärksten war das politische Gewicht der österreichischen Kommunis-

ten in den Monaten ihrer Beteiligung an der provisorischen Koalitionsregierung Renner 1945. Zu dieser Zeit wirkten das mit dem Sieg über die faschistischen Aggressoren veränderte internationale Kräfteverhältnis, ihr Rückhalt bei der sowjetischen Besatzungsmacht und das im antifaschistischen Widerstand erworbene Ansehen der KPÖ spürbar zu ihren Gunsten. Doch bereits damals suchten SPÖ und ÖVP in essentiellen Fragen die KPÖ auszugrenzen. Frühzeitig zeichneten sich die Konfliktzonen und die antikommunistischen Aversionen ab, die später der KPÖ nur die Wahl ließen, aus der Regierung auszuscheiden. In den Parlamentswahlen vom November 1945 musste die als „Russenpartei“ stigmatisierte KPÖ eine herbe Niederlage quittieren. Nach Einschätzung Mugrauers wurde sie „auf den Status einer Kleinpartei reduziert“ (75), zunächst noch entgegen dem Trend in den meisten europäischen Staaten. Immerhin hatte die KPÖ nun erstmals in ihrer Geschichte eine gewählte parlamentarische Vertretung, sie war zunächst an den meisten Regierungen der Bundesländer beteiligt und verfügte in bestimmten Regionen über Positionen in der Kommunalpolitik, wo Kommunisten meist eine allseits anerkannte Arbeit leisteten. Das wird vom Autor mit Statistiken und zahlreichen Beispielen belegt.

In der nach den Novemberwahlen unter dem ÖVP-Politiker Leopold Figl gebildeten Koalitionsregierung war die KPÖ noch mit einem Minister präsent, was auch amerikanische Besatzungsoffiziere im Interesse des Einvernehmens der Alliierten befürworteten. Die österreichischen Kommunisten waren somit frühzeitig mit dem Spannungsverhältnis zwischen Mitregieren und Opponieren

konfrontiert. Generell bewegten sie sich in grundlegenden Fragen in Opposition zum Regierungskurs, sahen sich aber wiederholt veranlasst, Entscheidungen mitzutragen, die nicht ihren Überzeugungen entsprachen, was der Parteibasis oft nicht leicht zu vermitteln war. Zunächst spontan um sich greifende Proteste gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen, wachsende Mitgliederzahlen und gesteigerte Akzeptanz in außerparlamentarischen Bewegungen weckten die Hoffnung, dass sich die KPÖ bei Neuwahlen im Aufwind befinden werde. Aber die vor allem durch die katastrophale Ernährungssituation ausgelöste Massenmobilisierung und Hinwendung zu den Kommunisten hielten sich in Grenzen. Trotzdem konterten ihre Gegner und deren spätere Chronisten mit dem Verdikt, es habe einen von außen gesteuerten, mit Unterstützung ausländischer Agenten inszenierten Kurs auf eine gewaltsame Einführung der Volksdemokratie gegeben. Insofern liefert uns Mugrauer zugleich ein Lehrstück antikommunistischer Taktik.

Der Vorzug der Darstellung besteht vor allem darin, dass wir nicht nur über die Entscheidungen der KPD, sondern auch über die Abmachungen zwischen ÖVP und SPÖ sowie die Positionierungen der Besatzungsmächte anhand authentischer Quellen informiert werden. Das zeigt sich besonders bei der Behandlung der sogenannten „Figl-Fischerei“, als es der KPD darum ging, reaktionäre Tendenzen und deren Verfechter zurückzudrängen, die Perspektive einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung aufrechtzuerhalten und durch vertiefte Beziehungen zur UdSSR die Bedingungen für den Abschluss eines Staatsvertrages zu verbessern. In der umstrittenen

Bewertung dieser Ereignisse vertritt der Autor den Standpunkt, dass die KPÖ eine Doppelstrategie verfolgte – den Druck der Straße verstärken und zugleich in Verhandlungen den Einfluss der Partei in der Regierung und im Parlament erhöhen. Es ergab sich allerdings eine politische Konstellation, aus der die KPÖ letztlich als Verlierer hervorging. Im Umfeld der Moskauer Außenministerkonferenz von März/April 1947 rückten ÖVP und SPÖ in ihrem Westkurs noch enger zusammen und massierten ihre antikommunistische Frontstellung. Bald darauf zerbrach der im April 1945 begründete antifaschistische Konsens auch formal. Es konnte für die KPÖ nur noch darum gehen, einen nach außen hin vertretbaren Anlass für den Regierungsaustritt zu bestimmen. Nachdem sich bereits in der Stellung zum Marshallplan unüberbrückbare Differenzen gezeigt hatten, vollzog die KPÖ mit ihrer Ablehnung der Modalitäten der Währungsreform am 19. November 1947 ihren Austritt aus der Regierung. So endete eine weder vorher noch nachher derart praktizierte staatstragende Rolle der Partei.

Im Folgenden untersucht Mugrauer die Positionen der KPÖ in wesentlichen Bereichen politischer Auseinandersetzungen, beginnend mit der „Nazifrage“. Hier setzte sich die KPÖ wie keine andere Partei für die Differenzierung zwischen Hauptschuldigen und Mitläufern und für die vorrangige Bestrafung der für die faschistischen Verbrechen Verantwortlichen ein. Allerdings erwies sich Österreich als das Land, indem eine wirksame Entnazifizierung mehr noch als anderswo unterblieb. Eng damit verbunden war die im nächsten Kapitel untersuchte Verstaatlichung, vor allem deutschen Eigentums. Sie wurde von

der KPÖ nicht als allgemeine Sozialisierung, sondern als Entmachtung des kriegsschuldigen deutschen Großkapitals und ihrer Kollaborateure angestrebt. Zu den Wahlkampfforderungen gehörte darüber hinausgehend die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien. Wie die Schumacher-SPD in Deutschland, so attackierte auch die SPÖ die Kommunisten von links wegen ihrer Zurückhaltung in Sachen Sozialisierung. Gleichwohl wurden in Österreich bereits 1945 Gesetze erlassen, die die Übertragung deutschen Eigentums auf die Republik Österreich und die Verstaatlichung von Bergbau, Erdölproduktion, Eisenhüttenindustrie, Starkstromindustrie sowie Lokomotiv- und Waggonbaus vorsahen. Sie kollidierten jedoch mit Interessen der UdSSR, die ihren Zugriff auf deutsches Eigentum zur Befriedigung ihrer Wiedergutmachungsansprüche gefährdet sah. Eingehend wird der weitere Verlauf der Auseinandersetzungen um Verstaatlichungen beschrieben, die sich nach Einschätzung der KPÖ letztlich als „Bestandteil des staatsinterventionistischen Kapitalismus“ (255) erwiesen.

Der nächste von Mugrauer analysierte Bereich ist der Staatsapparat. Entgegen den Unterstellungen, es habe dessen Infiltration mit dem Ziele der Etablierung einer kommunistischen Macht stattgefunden, weist er den realen Einfluss der KPÖ nach. Von einem nennenswerten Gewicht kommunistischer Funktionäre kann allenfalls in drei Bereichen die Rede sein: In dem von Ernst Fischer geleiteten Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kulturangelegenheiten, in dem von Karl Altmann geleiteten Bundesministerium für Energiewirtschaft und Erziehung und – am ehesten der Rolle der KPÖ im antifaschistischen Widerstand angemessen –

in der Bundespolizeidirektion Wien. Anhand des tatsächlichen Personaltableaus beweist der Autor, wie begrenzt und frühzeitig rückläufig die realen Positionen der Kommunisten im Staatsapparat waren.

Das nächste Kapitel ist der Gewerkschaftspolitik und den Betriebsräten gewidmet, wo die KPÖ starke Positionen und erheblichen Einfluss gewinnen, aber auf Dauer nicht verhindern konnte, dass sich der Gewerkschaftsbund zu einem Anhängsel der SPÖ entwickelte.

Auch die Beziehungen der Partei zur sowjetischen Besatzungsmacht und die Rolle der sowjetverwalteten Betriebe werden in einem speziellen Kapitel behandelt, obwohl diese Problematik auch in anderen Zusammenhängen bereits aufscheint. Mugrauer bewertet das „Nahverhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht“ als das „schwerwiegendste Problem der KPÖ-Politik“ (489). Einerseits gab die Anwesenheit der Roten Armee den Kommunisten spürbaren Rückenhalt, andererseits erleichterte kritiklose Haltung der KPÖ zur Sowjetunion ihr Ausgrenzung und Isolation im Zeichen eines hegemonialen Antikommunismus. Der Autor stellt den überzeichneten antikommunistischen Darstellungen eine Zusammenfassung der belegbaren Tatsachen gegenüber. Während sich direkte Kontakte und Einflussnahmen in Grenzen hielten, erwiesen sich materielle Unterstützungen – Finanzen, Zuweisungen von Papier und Fahrzeugen – sowie personalpolitische Begünstigungen in sowjetisch verwalteten Betrieben als wirksam. Das wurde allerdings mit Imageschäden erkaufte.

Ausführlich werden die für die KPÖ schlimmen Folgen des Kalten Krieges und der in Österreich in besonderem

Maße grassierende, an antislawische und antibolschewistische Ressentiments anknüpfende Antikommunismus behandelt. Einen Schwerpunkt bildet in diesem Zusammenhang das Verhältnis zwischen KPÖ und SPÖ, zwischen denen es zu keiner wirksamen Aktions-einheit kam – im Gegenteil, stärker denn je fielen beide Lager der Arbeiterbewegung in alte Feindschaften zurück. Es wird dabei nicht verschwiegen, dass die Kommunisten auch einer Selbstausgrenzung erlagen, indem sie ihre Ghettoisierung mit dogmatischen ultralinken Stereotypen beantworteten. Unverständlich erscheint mir, dass die Verdienste der KPÖ um die Begründung der österreichischen nationalen Identität – besonders in Arbeiten von Alfred Klahr – erst in diesem Abschnitt über den Antikommunismus, und zwar als Argument gegen den Vorwurf des Vaterlandverrat-tes ins Feld geführt werden.

In den folgenden Teilen wird die KPÖ in die Chronologie des Kalten Krieges hineingestellt, wobei zentrale Stationen und Seiten dieser Entwicklung in Exkursen eingehend untersucht werden – so die der Partei unterstellten Putsch- und Teilungspläne, die Positionierung zum Marshallplan, die Nationalratswahlen vom Oktober 1949 und der damals agierende „Linksblock“, der Oktoberstreik 1950 und der Weg zum Staatsvertrag von 1955. Der Autor gelangt zu der Einschätzung, dass die Partei lange gebraucht hat, um sich von einer angesichts der inneren und äußeren Bedingungen, der realen machtpolitischen Kräfteverhältnisse schon frühzeitig unrealistisch gewordenen volksdemokratischen Perspektive Österreichs zu trennen und sich auf die zu Ungunsten der Kommunisten veränderten Verhältnisse strategisch

und taktisch illusionslos einzustellen.

Diese Analyse eines entscheidenden Entwicklungsabschnittes der österreichischen KP zeichnet sich dadurch aus, dass sich Mugrauer durchgängig mit den zeitgenössischen und den in die Historiografie eingegangenen Verfälschungen, Unterstellungen und Fehlinterpretationen von Theorie und Praxis der KPÖ auseinandersetzt. Diese weisen in ihrem Tenor übrigens frappierende Übereinstimmungen mit jenen im Geiste des Kalten Krieges vorgetragenen Attacken aus, deren sich auch die KPD zu erwehren hatte. Im Unterschied zu vielen seiner Kontrahenten, deren Voreingenommenheit offen zutage tritt, argumentiert Mugrauer äußerst sachlich. Er lässt die Kritiker zu Wort kommen und prüft ihre Behauptungen und Deutungen anhand des gesamten ihm zugänglichen Quellenmaterials. Er geht der Frage nach, was als temporäre oder persönliche Meinung einzustufen ist und was der politischen Generallinie der Partei entsprach. Dabei räumt er auch ein, dass manche Zeugnisse kommunistischer Politik Anlass zu Missdeutungen gegeben haben. Am Gründlichsten wird dieser Stil der Polemik in der Auseinandersetzung mit der „Putschlegende“ demonstriert. Dabei kann sich der Autor darauf berufen, dass 2015 selbst der Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die Diffamierung des Oktoberstreiks 1950 als kommunistischen Putschversuch für widerlegt erklärte und die nach dem Streik ausgeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder rehabilitierte.

Das letzte Kapitel befasst sich mit den bündnispolitischen Bestrebungen der KPÖ im Rahmen der Weltfriedensbewegung und zu den Nationalratswahlen sowie mit dem Abschluss des Staatsver-

trages, der seitens der UdSSR ohne Abstimmung mit der KPÖ erfolgte. Die KPÖ, die über all die Jahre hinweg am entschiedensten für ein neutrales Österreich eingetreten war, vermochte aus den neuen Bedingungen am wenigsten politischen Nutzen zu ziehen. Stattdessen hatte sie angesichts des Rückzugs der sowjetischen Besatzungsmacht erhebliche Verluste desillusionierter Mitglieder und Sympathisanten zu verzeichnen.

In der Schlussbetrachtung fasst Mugrauer nochmals den wesentlichen Befund seiner Untersuchung zusammen und hebt die enorme Dominanz der antikommunistischen Gegenkräfte hervor, die von den Kommunisten nicht zu durchbrechen war. Unter diesen Bedingungen war die KPÖ nicht in der Lage, eine ihrer realen politischen Stärke entsprechende Gegenstrategie zu entwickeln. Seiner Auffassung nach hätten allerdings weniger zur Selbstisolierung beitragende Entscheidungen und Verhaltensweisen der Kommunisten – zum Beispiel eine distanziert-kritische Stellung zur UdSSR und zur sowjetischen Besatzungsmacht und ein früher Übergang zu eurokommunistischen Positionen – an den die KPÖ ins Abseits drängenden Konstellationen generell nichts zu ändern vermocht.

Der Autor hat sich mit diesem gründlich recherchierten, einen immensen Fundus historischer Quellen auswertenden Werk ein bleibendes Verdienst erworben, um die Geschichte der KPÖ im ersten Nachkriegsjahrzehnt ins richtige Licht zu rücken. Es mag Gründe geben, nicht jede seiner Einzeleinschätzungen vollständig zu teilen, aber diese sind immer durchdacht und belegt, und somit erweist er sich antikommunistischen Interpreten ar-

gumentativ überlegen. Da die österreichische und die deutsche Arbeiterbewegung dieselben Wurzeln haben, historisch vielfach verflochten sind und die beiden zonengeteilten, von den Alliierten besetzten Länder viele Gemeinsamkeiten, aber auch wesentliche Unterschiede aufweisen, liegt mit dieser Arbeit auch eine Vergleichsmöglichkeit vor, welche die Spezifik der deutschen KP deutlicher hervortreten lässt.

Günter Benser

Ein Historiker im Ringen um die Erinnerung an die DDR

Siegfried Prokop, Betrogen von der „Wende“. Mein Leben in Böhmen, der SBZ/DDR und im Beitrittsgebiet. Tagesnotizen von 1983 bis 2003, Verlag am Park, Berlin 2020, 618 S., 22 Euro

Memoiren sind eine vielzitierte Quelle in der historischen Wissenschaft. Häufig erfolgt auch der Erkenntnisprozess durch das Gegenprüfen der subjektiven Erinnerungen. Der Historiker Siegfried Prokop hat nun, 80-jährig, einen dicken Band autobiografischen Inhalts vorgelegt, der zukünftigen Historikergenerationen wohl dazu dienen kann, die Geschichtsbilder der Sieger des Kalten Krieges zumindest zu hinterfragen. Das Buch besteht dabei aus zwei Teilen: In einem autobiografischen Text leitet Prokop mit seiner Lebensdarstellung eigentlich nur ein, was als weitaus umfangreicherer zweiter Part den Hauptbestandteil des Buches ausmacht: Der Abdruck von Tagesnotizen aus zwei Jahrzehnten. Diese beginnen zu dem Zeitpunkt, als der Autor im mittleren Alter gerade die höheren Sprossen der akademischen Karriere-

leiter an der Humboldt-Universität zu Berlin erklommen hat. Man erfährt von seinen kleineren und größeren Karriereschritten, von Vorgängen innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft, aber auch viel Privates aus der Familie.

Durch die Ereignisse 1989/90 erfuhr Prokop einen harten Einschnitt in seinem wissenschaftlichen Umfeld und seiner Karriere. Die Abwicklung und „Evaluationen“ der DDR-Wissenschaften durch westliche Kollegen vor knapp 30 Jahren werden hier aus der Sicht eines Betroffenen geschildert. Doch nicht nur die Universität spielt eine Rolle, sondern auch Prokops Engagement im linken politischen Feld nach 1990, sei es in Funktionen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, bei der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) oder der Alternativen Enquete-Kommission (AEK) zur deutschen Zeitgeschichte. Hier arbeitete Prokop eng mit Wolfgang Harich zusammen und trat später auch als dessen erster Biograf hervor. Anhand der Tagebuchnotizen erfährt man einiges über das Kennenlernen der beiden ostdeutschen Gelehrten und über ihre nicht immer reibungslose Zusammenarbeit.

Schon im autobiografischen Teil des Buches findet sich ein Abschnitt zu Prokops Erlebnissen mit Harich. Er lernte ihn am 12. Juli 1992 bei einem Treffen ostdeutscher Interessenverbände kennen. „Neben mir saß ein alter Mann mit schlohweißem Haar, eine christusähnliche Gestalt. Plötzlich stand er auf, gab mir die Hand und sagte: ‚Wolfgang Harich.‘ Ich reichte ihm meine Visitenkarte. Danach schob er mir einen Zettel zu, auf dem er seine Telefonnummer notiert hatte. Von diesem Tage rief Harich bis zu dreimal täglich bei mir an.“

Harich, der von 1956 bis 1964 wegen vermeintlicher Verschwörung gegen Walter Ulbricht im Gefängnis gesessen hatte und auch danach in der DDR ein an den Rand gedrängter Denker blieb, fand in Prokop einen Zuhörer und Diskussionspartner und einen Mitstreiter für ostdeutsche Interessen. Harich schlug vor, eine Alternative Enquete-Kommission zu bilden, als Gegenmodell zur staatsoffiziellen Bundestags-Enquete, der Rainer Eppelmann vorstand. Prokop schlug Harich als deren Vorsitzenden vor, später übernahm er dessen Funktion.

Mit öffentlichen Geschichtsforen erreichten sie eine gewisse Aufmerksamkeit. Darin benannten sie nicht nur DDR-Unrecht, sondern stellten ihm Unrecht in Westdeutschland gegenüber, sie benannten die Ursachen und Wechselwirkungen, die Hintergründe des Kalten Krieges, die Folgen eines einseitigen Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik. In Anbetracht des nach 1990 hegemonialen und geschlossen antikommunistischen DDR-Bildes hatte solcherart historisch fundierte Gegenzählung durchaus ihre Legitimität.

Das Highlight von Harichs Wirken in diesem Kreis war die Veranstaltung „Duell im Dunkeln“ im Mai 1994 im Berliner Ensemble. Nach diesem kräftezehrenden Erfolg ging es mit Harich gesundheitlich bergab, ein knappes Jahr später starb er. Nach Harichs Tod begann ein unschönes Ringen um sein Erbe. Einige von Harichs Schülern und Diskussionspartnern gründeten ohne Rücksprache mit dessen Witwe eine „Harich-Gesellschaft“. Sie verwehrte sich dagegen, diesen Leuten den Nachlass zu übergeben. Prokop geriet zwischen die Fronten und wurde von Harichs Witwe verklagt.

Zugleich arbeitete er an einer Harich-Biografie und an einem Protokollband zum Harich-Kolloquium, das zu dessen ersten Todestag stattgefunden hatte und zugleich der Schlussakt der AEK war. Prokop schreibt in seinen Tagesnotizen über die Schwierigkeiten mit den Verlagen und mit juristischen Schritten, die sich gegen die Biografie richteten. „30. September [1997] Ich erhalte Post, es ist Einstweilige Verfügung gegen das Buch. Vier Dokumente im Anhang, die Wolfgang Harich zur Verfügung gestellt hatte, werden von der Witwe als Urheberrechtsverletzung angesehen, da ich sie nicht um eine Genehmigung gebeten hatte.“ (558) Und weiter: „15. Oktober Gericht entscheidet über Widerspruch. Gericht bleibt bei Lieferstopp. Verlag entscheidet sich für Schwärzung der vier Dokumente. Nüchtern besehen sollte mir das alles nicht so viel ausmachen; denn sechshundert Exemplare waren schon verkauft. Ein Rückruf wurde nicht verfügt. [...] Auf der anderen Seite regt mich der Vorgang ziemlich auf. Ich hatte Marianne Harich rechtzeitig den Entwurf des Buchmanuskripts gegeben. Mir lag ein Streit mit ihr fern.“ (559) Der Streit schwelte noch eine Weile weiter, wenngleich Prokop mehrfach notierte, mit Harich als Thema fertig zu sein. Dass Anne Harich berechtigte Gründe für ihr Vorgehen gegen die „Harich-Gesellschaft“ hatte, belegt die Tatsache, dass mindestens drei der damaligen Protagonisten mittlerweile Rechtsaußen gelandet sind. Prokop gehört nicht dazu, man hätte sich aber bei manchen Namen eine Kritik an deren Werdegängen gewünscht.

Auch wenn so manche Details aus Prokops Privatleben (Familie, Haus, Auto) wohl eher für die Angehörigen des Au-

tors denn für die historisch interessierte Leserschaft relevant sein mögen, bieten seine Tagesnotizen einen breiten Fundus an historisch-politischen Fakten und Einschätzungen, gerade für die Lage ostdeutscher Intellektueller in den Jahren vor und nach der „Wende“.

Alexander Amberger

Varianten der Vergangenheitsaufarbeitung

*Susan Neiman, Von den Deutschen lernen. Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können. Aus dem Englischen von Christiana Goldmann, Hanser, Berlin 2020, 576 S., 28 Euro*¹

Das Buch hat durch die jüngste Black-Lives-Matter-Bewegung und die damit verbundenen weltweiten antirassistischen Proteste eine hohe Aktualität gewonnen. Susan Neiman, Direktorin des Einstein-Forums in Potsdam, jüdische US-Amerikanerin, Philosophin, die seit einer Reihe von Jahren in Deutschland lebt, hat ihr Buch fast zeitgleich in zwei Ländern und in zwei Sprachen publiziert. Daher die beiden Perspektiven und Erfahrungshintergründe, aus denen es geschrieben wurde. Ohne eine Aufarbeitung der Vergangenheit, so ihre Auffassung, könne es keine angemessene Zukunft für ein Land und seine Menschen geben. In Deutschland ging und geht es dabei um die Naziherrschaft und die Shoah; in den USA um das rassistische Erbe, das den Bürgerkrieg zwischen den Nord- und Südstaaten, die Sklaverei und die fortdauernde Diskri-

¹ Die amerikanische Originalausgabe erschien 2019 unter dem Titel *Learning From the Germans. Race and the Memory of Evil*, New York.

minierung der afroamerikanischen Bevölkerung überdauert hat.

Für beide Länder präsentiert sie umfassendes Material, veranschaulicht und konkretisiert durch zahlreiche persönliche Einzelinterviews. Die Blicke auf die beiden Länder gehen, von der Sache begründet, immer wieder ineinander über, erhellen sich gegenseitig und zeigen, dass es letztlich um eine gemeinsame Grundproblematik geht. Die drei großen Teile des Buches – Deutschland, USA und Übergreifendes – bieten immer wieder Querverweise und eine Fülle von Einzelstudien.

Was Deutschland betrifft und in den USA noch ausstehe, lautet ihre These: Allen problematischen Entwicklungen gerade in den Anfängen zum Trotz und ungeachtet der Rückschläge, zuletzt etwa mit dem Anwachsen der AfD und eines sich erneut verstärkenden Rassismus bis hin zum Neofaschismus, könne die Art der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit hierzulande etwa ab den 1980er Jahren ein Modell auch für andere Länder sein, also auch für die USA.

Was die Unterschiede der Vergangenheitsaufarbeitung in den beiden deutschen Staaten betrifft, eröffnet Neiman die Debatte mit einem politischen Paukenschlag: „In der Aufarbeitung der Nazivergangenheit stand Ostdeutschland besser als Westdeutschland da.“ (120) Sie weiß, dass diese These bedeute, „den Fehdehandschuh hinzuwerfen“, und in der Tat handelte sie sich damit in den Leitmedien massiven Widerspruch ein, wie einschlägige Rezensionen zeigen. Indem sie sich gegen eine pauschale Abwertung der DDR in Sachen Antifaschismus und Vergangenheitsaufarbeitung positioniert, bricht sie ein zent-

rales Tabu in der veröffentlichten Meinung. Gemäß dem *Mainstream*, mit dem sie sich hier anlegt und der bis weit ins linksliberale Lager reicht, gilt der Antifaschismus in der DDR als ein bloß ‚verordneter‘, daher nicht glaubwürdiger. Dem widerspricht Neiman vehement und listet erdrückende Belege dafür auf, wie entgegengesetzt in West und Ost mit der Nazi-Vergangenheit umgegangen wurde. Neben der Präsentation zahlreicher Fakten hat sie die Frage gerade solchen ehemaligen DDR-Bürgern vorgelegt, die nicht im Verdacht stehen, kritiklose Verteidiger der SED gewesen zu sein, also Bürgerrechtlern wie z.B. Daniela Dahn, Jens Reich, Friedrich Schorlemmer oder Ingo Schulze, oder auch dem sozialdemokratischen, ehemaligen ständigen Vertreter der BRD in Ostberlin, Hans Otto Bräutigam. Alle Befragten wiesen die gängigen Vorwürfe zurück und bestätigten, dass z.B. der 8. Mai, der bekanntlich in der DDR ein staatlicher Feiertag war, selbstverständlich als Tag der Befreiung erlebt wurde; im Westen wurde er bis zur Weizsäcker-Rede 1985 mehrheitlich nur als Tag der Niederlage begriffen.

Interessant ist in diesem Kontext ein weiterer Streitpunkt. So bezeichnete etwa Jens Reich die übliche, besonders nach 1989 wiederbelebte totalitarismustheoretische Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus als „absurd“ (148). Nach der ‚Wiedervereinigung‘, die viele Ostdeutsche als ‚Kolonisierung‘ (122) erlebt hätten, wurde jene Gleichsetzung wieder gängig, die sogar hinter die Positionen im Historikerstreit von 1986 zurückgefallen sei (127). Neiman, bezogen auf die Gegenwart: „Wird der Kommunismus schwarzgemalt, hat der Neoliberalismus gewonnen.“ (129) Sie verweist, was zu den be-

sonderen Stärken des Buches gehört, auf die zentrale Rolle des Antikommunismus für die Ideologie und Politik des Nationalsozialismus, woran mit Beginn des Kalten Krieges bruchlos angeknüpft werden konnte und fragt: Wenn es zutrifft, „dass der Antikommunismus Kern der NS-Ideologie war. Wer war also besser geeignet, gegen die Kommunisten zu kämpfen?“ (144f.) Dazu passt, dass die Westalliierten das ohnehin höchst mangelhafte Entnazifizierungsprogramm sehr früh beendeten. In Umkehrung zum angeblich nur „verordneten Antifaschismus“ in der DDR spricht sie, bezogen auf Westdeutschland, vom „verordneten Antikommunismus“.

Aus der Fülle der Belege für ihre hierzulande provokante These nur einige wenige Beispiele: In Ostdeutschland wurden die Nazis stärker verfolgt als im Westen, weshalb auch viele frühere, besonders schwer belastete in den Westen gingen (153). Auch in der DDR habe es alte Nazis gegeben, aber nicht in der Führung wie im Westen. In Westdeutschland waren die, die den Kommunismus unterstützt hatten, „stets verschriener als solche, die den Faschismus unterstützt hatten.“ (162)

Oder: Noch 1966 waren zwei Drittel der leitenden Beamten im Justizministerium ehemalige Nazis, besonders im BKA und im BND unter Reinhard Gehlen, der als General am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt war und später von der CIA in der BRD installiert wurde; er verhalf vielen ehemaligen ‚Kameraden‘, darunter auch Eichmann, zur Flucht (154). Sie betont, dass der Antifaschismus in der DDR auch im Bildungswesen durchgesetzt worden sei und nennt ein interessantes Detail: In jedem der Geschichtsbücher der DDR stand bis 1990 z.B. folgendes Zitat von

Harry Truman, das er 1941 gegenüber der „New York Times“, als Senator äußerte: „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir den Russen helfen, und wenn wir sehen, dass Russland gewinnt, sollten wir den Deutschen helfen, damit sie gegenseitig so viele Menschen wie möglich umbringen.“

Auf den gleichfalls sehr informationsreichen, inzwischen höchst aktuell gewordenen Teil II über die USA (191ff.), muss hier verzichtet werden.

Im Teil III des Buches „Die Dinge zurechtrücken“ (371ff.) geht es u.a. um die ebenfalls aktuell gewordene Frage, wie mit geschichtlichen Denkmälern umgegangen wird bzw. werden sollte, über die Frage von Reparationen für erlittenes Unrecht, über die konkreten Formen der Sklaverei in den Südstaaten (z.B. das Auspeitschen als Produktionssteigerung) und die Fortführung der Unterdrückung der Schwarzen auch nach dem formalen Ende der Sklaverei (etwa in der Häftlingsverpachtung der mehrheitlich schwarzen Gefängnisinsassen) und des damit verbundenen Kampfmittels gegen die Arbeiterbewegung, z.B. bei Streiks (458f.), oder über den Terror gegen die Schwarzen beim Versuch der Wählerregistrierung.

Immer wieder kommt das Buch in die Nähe antikapitalistischer sozialer Forderungen, so wenn sie eine „gründliche Revision unseres Wirtschaftssystems“ einfordert, „um jedem Amerikaner das Recht auf gute Bildung, Gesundheitsversorgung“ etc. „zu garantieren“ (489), oder über das „Tabuthema Rüstungsindustrie als Profitquelle“ (500), oder wenn sie die US-Medien kritisiert, diese hätten z.B. die Hintergründe um den Sturz demokratisch gewählter Regierungen im Iran oder im Kongo weitge-

hend ignoriert (523). Entstanden sei so ein tiefes Misstrauen der Menschen außerhalb des Westens „gegenüber jeder Berufung auf westliche Werte“ (537), weil die so oft missbraucht worden seien. Immer wieder kritisiert Neiman den Neoliberalismus (z.B. 541) sowie philosophisch die Postmoderne, den Poststrukturalismus (z.B. 542). Sie lobt aber auch Bundespräsident Steinmeier und sein Plädoyer für die „Ambivalenz der Erinnerung“, da er auch den November 1918 und die Pogromnacht 1938 erwähnte, wobei sie seine Unterstützung der Nato-Kriege oder der neoliberalen Agenda-Politik verschweigt. Es ist, kann man einwenden, ein Buch mit Ambivalenzen und Inkonsistenzen, aber es enthält viele hierzulande ungehörte und unterdrückte Wahrheiten, nicht zuletzt über die DDR. Darum ist es ein hoch interessantes Buch, dessen intensive Lektüre nicht zuletzt wegen seiner Brüche anregend ist.

Eine eingehendere Auseinandersetzung mit ihrem Theorieansatz, die aber hier nicht geführt werden kann, müsste z.B. die Frage nach der Sinnhaftigkeit ihres Begriffs des „Bösen“ (den sie bereits im Titel anführt) thematisieren und nach dessen Verzichtbarkeit bei einer politisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Faschismusanalyse, die gleichwohl moralische Fragen nicht ausspart.

Richard Sorg

Arbeiter selbstverwaltung in Jugoslawien

Paul Michel (Hrsg.), Die jugoslawische Arbeiter selbstverwaltung. Licht und Schatten. Neuer ISP-Verlag, Köln 2020, 146 S., 14,80 Euro

Paul Michel, Autor der SoZ (Sozialisti-

sche Zeitung) in Köln, hat anlässlich des vierzigsten Todestages von Tito einen Band zur Arbeiter selbstverwaltung in Jugoslawien herausgegeben, der neben einem längeren von ihm selbst verfassten Aufsatz Texte der beiden französischen Jugoslawien-ExpertInnen Catherine Samary und Jean-Arnault Dérens enthält.

Der Herausgeber ruft im Vorwort dazu auf, die Debatte über das jugoslawische Modell wieder zu beleben. Das früher ausgeprägte linke Interesse an Jugoslawien sei seit Ende der 1970er Jahre zurückgegangen und mit Beginn der Zerfallskriege verschwunden. Die Linke verzichte damit auf die Chance, aus den jugoslawischen Erfahrungen zu lernen.

Hier ist kritisch anzumerken, dass es durchaus wieder linkes Interesse am ehemaligen Jugoslawien einschließlich seiner titoistischen Vergangenheit gibt. In den ex-jugoslawischen Ländern entsteht nach und nach eine neue Linke, die auch von westlichen Linken aufmerksam verfolgt wird. Ein Beispiel dafür ist etwa das jeden Mai stattfindende Zagreber Subversive-Festival, bei dem Linke aus dem Westen und aus der Region zusammenkommen.

Den ersten Teil des Buches bilden Ausschnitte aus einem 2000 veröffentlichten Buch von Samary/Dérens über die jugoslawischen Konflikte. Zu Beginn wird ein Gesamtüberblick über die Geschichte Jugoslawiens geboten, der klarmacht, dass die ethnischen Konflikte nicht ohne eine Analyse der ökonomischen Probleme (wie dem Wohlstandsgefälle zwischen nördlichen und südlichen Landesteilen und der IWF-Sparpolitik der 1980er Jahre) zu begreifen sind. Allerdings enthält dieser Teil eine Ungenauigkeit: Es heißt, mit den

Balkankriegen 1912/13 habe Serbien sich aus dem Osmanischen Reich gelöst (11) – Serbien war aber schon seit 1878 unabhängig und erweiterte in den Balkankriegen lediglich sein Territorium.

Es folgt eine Schilderung des Partisanenkampfs, die Verdienste wie die Landverteilung an die Bauern in befreiten Gebieten hervorhebt, aber Schattenseiten wie die Lynchjustiz am Ende des Krieges nicht ausblendet. Kurz wird der Konflikt zwischen Tito und Stalin um die Gründung einer Balkankonföderation beleuchtet. Anschließend werden die Biographien von Tito, dem Slowenen Edvard Kardelj, dem wichtigsten Theoretiker der Arbeiterselbstverwaltung, sowie dem montenegrinischen Partisanenführer und späteren Dissidenten Milovan Djilas dargestellt. Hier handelt es sich um differenzierte Einschätzungen, die die Ambivalenzen der drei Persönlichkeiten nicht verschweigen. Im Kapitel über Djilas fehlt allerdings eine genauere Darstellung seiner politischen Entwicklung: In seinem Buch *Die neue Klasse* bricht er mit dem Marxismus und bekennt sich zum westlichen Liberalismus, was bei Samary/Dérens unerwähnt bleibt.

Weitere Auszüge beschäftigen sich mit der Geschichte der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, die große Schwierigkeiten hatte, sich zwischen der nationalen Frage in Jugoslawien, der Repression gegen Linke im jugoslawischen Königreich sowie dem Einfluss der Sowjetunion zu behaupten, mit der Opposition in Tito-Jugoslawien auf der linken (die Philosophen um die Zeitschrift „Praxis“, die in der 68er-Bewegung einflussreich waren) und der rechten Seite (der „Kroatische Frühling“ 1970/71, dem es vor allem um mehr Kontrolle Kroatiens über die Einnah-

men aus dem Tourismus und damit eine Schwächung der Solidarität mit den ärmeren südlichen Landesteilen ging) sowie mit der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Kernstück des Buches sind ein kürzerer Aufsatz von Samary und ein längerer Aufsatz des Herausgebers zur Gesamtbilanz der Arbeiterselbstverwaltung. Samarys Kritik lautet, dass die Selbstverwaltung auf die betriebliche Ebene beschränkt blieb und das Ein-Parteien-System nicht in Frage gestellt wurde. Stattdessen wurde ab 1965 auf Drängen von Slowenien und Kroatien eine Art „Marktsozialismus“ eingeführt, der den regionalen Egoismus erst recht stärkte und die Selbstverwaltungsrechte zugunsten einer größeren Unabhängigkeit des Managements sowie einer stärkeren Orientierung an Rentabilitätskriterien zurückdrängte. Auf der einen Seite gab es dagegen eine wachsende Zahl von Streiks und die Kritik der 68er-Studierendenbewegung, die eine „Selbstverwaltung von unten“ forderte; auf der anderen Seite verlangte der „Kroatische Frühling“ noch mehr marktorientierte Dezentralisierung. Tito reagierte mit Repression gegen die Führer der Bewegungen und selektiven Zugeständnissen. Ergebnis war die Verfassung von 1974, die Jugoslawien im Grunde jedes einigende Band nahm. Weil jeder Rahmen für eine demokratische Diskussion etwa über Effizienzkriterien fehlte, hatten es die Nationalisten der Teilrepubliken leicht, sich nach Titos Tod durchzusetzen. Samary hält aber fest, dass im Laufe der Zeit immer mehr Menschen Erfahrungen mit der Selbstverwaltung machen konnten und diese bei Arbeiterinnen und Arbeitern populär war.

Michel folgt Samarys Einschätzungen,

ergänzt das Bild aber mit einer Fülle an Detailinformationen, etwa zur zunehmenden Abhängigkeit Jugoslawiens von US-Hilfen nach dem Bruch mit der Sowjetunion, zur sozialen Zusammensetzung der Arbeiterräte oder zu direkter Demokratie auf kommunaler Ebene. Aufgrund der Einbindung des Landes in den Weltmarkt habe sich der Markt gegen basisdemokratische Ansätze durchgesetzt. Die Arbeiterselbstverwaltung könne heute noch als Orientierung dienen; sie müsse jedoch die gesamte Volkswirtschaft umfassen und dürfe nicht mit einer Orientierung an Markt und Profit kombiniert werden.

Dieses Buch ist allen zu empfehlen, die an einer Einführung in die Geschichte Jugoslawiens interessiert sind. In knapper, leicht lesbarer, aber sehr detailreicher Form liegt hier eine Darstellung vor, die mit ihrem Fokus auf die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes quer liegt zur Mainstream-Wahrnehmung, in dieser Region gebe es nur ethnische Konflikte und sonst nichts. Sehr verdienstvoll ist auch, dass anhand eines konkreten Beispiels an der grundsätzlichen Kritik an Markt und Profitorientierung festgehalten wird; so wird deutlich, dass sich die Linke durchaus mit Zukunftsentwürfen beschäftigen sollte, die über eine staatlich regulierte Warenproduktion hinausgehen.

Allerdings bleibt kritisch anzumerken, dass die Schlussfolgerungen für die politische Praxis von heute etwas weitergehend sein könnten. So wird etwa kurz erwähnt, dass Frauen in den Selbstverwaltungsgremien so gut wie keine Rolle spielten; daraus wird am Ende aber nicht die Konsequenz gezogen, dass die Frage der Geschlechterverhältnisse konstitutives Moment jedes Emanzipati-

onsprojektes sein muss. Schließlich ist spätestens durch die grauenhafte Gewalt gegen Frauen in den jugoslawischen Zerfallskriegen überdeutlich geworden, dass nicht überwundene patriarchale Strukturen ein Teil der Tragödie dieses Landes waren.

Heiko Bolldorf

Bereits sein Name ist irreführend: Verfassungsschutz

Cornelia Kerth, Martin Kutscha (Hg.), Was heißt hier eigentlich Verfassungsschutz? Ein Geheimdienst und seine Praxis, PapyRossa Verlag, Köln 2020, 148 S., 12,90 Euro.

Der Titel des neu erschienenen Sammelbandes stellt eine provozierende Frage, die klar macht, dass der Verfassungsschutz vieles unternimmt, allerdings nicht demokratische Errungenschaften schützt, die im Grundgesetz ihren Niederschlag gefunden haben. Der Name eines der bundesdeutschen Geheimdienste ist also, misst man diesen an seiner realen Praxis, irreführend. Die Verstrickungen des Bundes- sowie der Landesämter für Verfassungsschutz in den NSU-Komplex sind Beispiele dafür. Dass die Geheimdienste die Demokratie auf mehreren Ebenen beschädigen, wird den Leser*innen im Buch aus unterschiedlichen Perspektiven vor Augen geführt: Seine Arbeitsweise, strukturelle Unzulänglichkeiten und Skandale werden ebenso aufgearbeitet wie die Geschichte der Verfassungsschutzämter. Herausgegeben wurde der Band von Cornelia Kerth, amtierende Bundesvorsitzende der VVN-BdA, und Martin Kutscha, engagiert in der Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union. Beide Organisationen treten auch als be-

teiligte Organisationen im Buch in Erscheinung.

Den Einstieg in den Band übernimmt Rolf Gössner, der selbst erfolgreich gegen seine Beobachtung durch den Verfassungsschutz klagte und somit nicht nur publizistische Berührungspunkte zum Inlandsgeheimdienst aufweist. Der Artikel lässt sich auch als kleine Geschichte des Inlandsgeheimdienstes der BRD lesen und ist eine verdienstvolle Aufarbeitung der Behördengeschichte. Deutlich wird anhand Gössners Ausführungen insbesondere, dass die Verstrickungen von Mitarbeiter*innen sowie V-Leuten in die extreme Rechte historische Kontinuitäten aufweisen – begonnen mit der umfänglichen Renazifizierung der 50er Jahre (22 ff.). Doch trotz aller Skandale, die im Buch durch Antonia von der Behrens am NSU-Prozess, von Luca Heyer am sogenannten Hannibal-Komplex und von Klaus Stein anhand der Berufsverbotpolitik in Folge des „Radikalenerlasses“ von 1972 exemplifiziert werden, hat der Verfassungsschutz große Wirkmächtigkeit für die politische Arena. Gössner hebt bspw. hervor, dass der Geheimdienst Definitionsmacht beanspruche, welche Organisationen sowie Einzelpersonen als „extremistisch“ zu betiteln seien (11). Damit denunziert der Verfassungsschutz nicht nur politische Positionen und behindert den freien, politischen Streit, ohne dies weiter begründen zu müssen, sondern legt die Grundlage für strukturelle Ausgrenzungen.

Solche Ausgrenzungen können bspw. die Aberkennung der Gemeinnützigkeit sein, derer sich Till Müller-Heidelberg annimmt und dabei sowohl die VVN-BdA als auch den Frauenverband Courage in den Blick nimmt. Grundlage des Entzuges der Gemeinnützigkeit war in

beiden Fällen, dass Verfassungsschutzbehörden in ihren einschlägigen Berichten „Anhaltspunkte für den Verdacht“ (116) verfassungsfeindlicher Bestrebungen oder „extremistische“ Beeinflussung festgestellt haben – nicht mal der Verfassungsschutz bezeichnet die Organisationen als dezidiert „extremistisch“. Müller-Heidelberg stellt darüber hinaus klar, dass „extremistisch“ grundsätzlich keine rechtliche Kategorie darstellen könne (ebenso zeigt er weitere juristische Bedenken auf, die alle betroffenen Organisationen motivieren sollte, entsprechende Rechtswege zu bestreiten). Der Terminus liefere nicht notwendige, rechtliche Trennschärfe und unterläge gesellschaftlichen Wandlungen, wie dies auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt habe (123). Dieser Einschätzung, die auch der Mitherausgeber Martin Kutscha darlegt (47f.), ist wohl zuzustimmen. Die Beteiligte „Extremismus“ erscheint offensichtlich als geeignetes Herrschaftsinstrument und damit als politischer Kampfbegriff, um missliebige Positionen aus einem „normalen“, nicht-„extremistischen“, vermeintlich demokratischen Minimalkonsens zu verbannen und damit zu diskreditieren. Was wird dem im Band nun als sinnvolle Bezugsgröße gegenübergestellt? Müller-Heidelberg verweist auf die Verfassungsschutzgesetze und zeigt auf, dass die Ämter lediglich Bestrebungen zu beobachten und Informationen zu sammeln hätten, die sich „gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ (fdGO) (124) richten.

Aber inwieweit ist dies unabhängig vom rechtlichen Status Quo demokratietheoretisch als sinnvoll zu bewerten? Martin Kutscha stellt heraus, dass die fdGO „den Kern unserer Verfassungsord-

nung“ (46) ausmache und nicht wie bspw. zu Zeiten der Berufsverbotspolitik als „Synonym für den Status quo der politischen und sozialökonomischen Machtverhältnisse missverstanden“ (45) werden dürfe. Auch wenn diese juristische Einschätzung der benannten Autoren und die derzeitige höchstrichterliche Auslegungspraxis (s. Urteil zum NPD-Verbotsantrag 2017) dafür sprechen, dass die fdGO eine bessere Bezugsnorm darstellt als die Extremismusemantik, muss beachtet werden, dass die reale politische Praxis häufig eine andere ist. Dies hängt wohl auch damit zusammen, dass „Extremismus“ aus sicherheitsbehördlicher Sicht lediglich die Negation der fdGO meint (bzw. im wissenschaftlichen Diskurs meistens die Negation des demokratischen Verfassungsstaates). Offensichtlich scheint die fdGO im öffentlichen Diskurs bis heute ebenfalls stark von der Deutungshoheit der vorliegenden Kräfteverhältnisse geprägt zu sein. Juristische Argumente, welche die Arbeit der Geheimdienste auf die fdGO verpflichten wollen, müssten diesen politologischen Blick also strategisch ebenso berücksichtigen, um den geheimdienstlichen Beschädigungen an der Demokratie wirksam entgegenzutreten.

Der Rechtsanwalt Udo Kauß und die Bundestagsabgeordnete Martina Renner widmen sich im Band der mangelnden Transparenz der Geheimdienste. Deutlich wird, dass weder von Beobachtung betroffene Bürger*innen, noch Gerichte oder Parlamente umfängliche Auskunftsrechte vorzuweisen haben. Schlimmer noch, es wird anhand der Ausführungen von Kauß deutlich, dass neuere Gesetzesänderungen keine Verbesserung brachten, sondern die Geheimhaltungsstrategien der Dienste stärkten. Gleichzeitig ver-

weist er allerdings auch auf Klageerfolge gegen den Verfassungsschutz (135). Martina Renner kommt auf parlamentarischer Ebene zu einem deutlichen Ergebnis: „De facto findet [Kontrolle] nicht statt“ (136). Stattdessen stellt sie eine fortschreitende „Landnahme des Geheimen“ – und damit der Exekutive – fest (137). Die Legislative müsse ständig um ihre eigenen Rechte kämpfen.

Umso bizarrer wirkt es, dass der Verfassungsschutz trotz der im Buch zusammengetragenen Defizite und Skandale in den letzten Jahren mit zunehmender Tendenz entgegen seiner gesetzlich geregelten Aufgabenfelder als Bildungsträger in Erscheinung tritt. Niklas Schrader, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, arbeitet heraus, dass der Verfassungsschutz so das umstrittene Extremismuskonzept verbreite und seine eigene Existenz sowie Arbeitsweise normalisiere. Grundsätzlich sei die „fehlende Eignung“ (108) der Ämter zu beachten: So sei ein „Fremdkörper in der Demokratie“ (109) plötzlich verantwortlich für Demokratiebildung. Ebenso würden grundsätzliche Prinzipien der politischen Bildung, wie bspw. das Indoktrinationsverbot und das Kontroversitätsgebot, verletzt. Völlig zu Recht schlussfolgert Schrader, dass nicht nur die politisch-bilderische Strategie des Verfassungsschutzes problematisiert, sondern auch kritische politische Bildung gestärkt werden müsse.

Insgesamt zieht sich eine Forderung wie ein roter Faden durch das Buch: Die notwendige Auflösung der Geheimdienststrukturen. Doch bis dies umgesetzt wird, wird weiterhin das herzustellen sein, was Geheimdienste nicht mögen und zu fürchten scheinen: Öffentlichkeit. Dieses Buch ist ein

fundierter Beitrag dazu. Es bündelt unterschiedliche Ansätze der Kritik am Verfassungsschutz sowie der anderen bundesdeutschen Geheimdienste und bietet Anschlusspunkte für Debatten sowie weitere Studien und Recherchen.

Dominik Feldmann

China auf dem Weg zur Hegemonialmacht?

Conrad Schuhler, Wie weit noch bis zum Krieg? Die USA, China, die EU und der Weltfrieden, PapyRossa, Köln 2020, 143 S., 12,90 Euro

Der Blick auf den Untertitel irritiert: Drei mögliche Weltmächte werden aufgezählt: USA, China und die EU – Russland fehlt. Der Blick ins Inhaltsverzeichnis bestätigt diesen Befund: Neben den (absteigenden) USA steht China als die zweite (aufsteigende) Weltmacht, der EU wird eine gewisse Aufmerksamkeit zuteil. Sicherlich ist Russland als Erbe der Sowjetunion noch eine militärische, besser: atomare Weltmacht, die Zahl seiner Atomsprengköpfe – knapp 5.000 – ist leicht den USA überlegen (27). Aber reicht dieser atomare Status aus, Weltmacht zu sein?

In Anlehnung an Lenins Imperialismustheorie korrigiert der (politisch denkende) Volkswirt Schuhler dessen Analyse allerdings dahingehend, dass heute die Kontrolle der internationalen Finanzströme über die hegemoniale Stellung einer Macht entscheide. Dank der – noch – geltenden Stellung des Dollars als Weltgeld kontrollieren die USA – noch – die Finanzströme. Als Konkurrenten sieht er China und die EU, die dabei sind, den Yuan bzw. den Euro zum neuen Weltgeld zu machen.

Statt des Zählens von Raketen und Sprengköpfen misst er die Macht von Staaten an ihrer wirtschaftlichen Potenz. Und da liegt Chinas Brutto-Inlandsprodukt 2018 weit vor dem der USA. Für die von ihm thematisierte Friedensfrage ist dies keine gute Nachricht, denn: „Die Schwäche Washingtons auf wirtschaftlichem, und kulturellem und ihre absolute Dominanz auf militärischem Gebiet erhöhen die Gefahr eines großen Krieges.“ (30).

Der Höhepunkt US-amerikanischer Macht mag 1990 mit dem Ende des Realsozialismus erreicht gewesen sein. Spätestens mit der Finanzkrise von 2008 fand die Weltvorherrschaft der USA ihr Ende. Zu Recht weist Schuhler darauf hin, dass die Weltordnungskarte in unseren Köpfen neu gedacht werden muss: Asien ist der Kontinent mit der größten wirtschaftlichen Potenz, dies zeigt sich auch in der Herausbildung neuer internationaler Organisationen wie – neben anderen – der *Shanghai Cooperation Organisation*, in der – außer Russland – nur rein asiatische Staaten vertreten sind. Die EU dagegen, die sich vor allem auch als politisches Gebilde versteht, ist durch zentrifugale Entwicklungen gekennzeichnet, an deren Spitze derzeit der Brexit steht. Nach dem Abstieg der USA ist die EU nicht notwendigerweise der andere neue Pol einer ökonomischen und politischen Weltführungsmacht. Denn in Frage steht auch der privatwirtschaftliche Kapitalismus als weltwirtschaftliches Modell. Demgegenüber, so Schuhler, bietet der staatliche (chinesische) Kapitalismus eine attraktivere Perspektive, entspreche er doch viel eher den Notwendigkeiten von Entwicklungsgesellschaften.

Mit Blick auf die sich herausbildende multipolare Welt werden die ökonomischen

misch entscheidenden Daten der führenden Mächte gewichtet und perspektivisch fortgeschrieben: Der Blick auf das Bruttoinlandsprodukt zeigt, dass China seit 2018 an der Spitze liegt, in der Zahl der Patentanmeldungen folgt es dicht den USA, die noch knapp den Spitzenplatz belegen. Die Frage, ob China auf dem Wege ist, der neue Hegemon zu werden, ist letztlich der Leitfaden dieses Buches. Dabei wird auch das schon weit fortgeschrittene Projekt der Neuen Seidenstraße ausführlich untersucht. Nicht nur Wirtschaftsdaten wie insbesondere das bereits erwähnte BIP dienen hierbei als Schlüsselindikatoren, auch die enormen Leistungen Chinas im sozialen Bereich können als Indikatoren volkswirtschaftlicher Leistungskraft verstanden werden, ist doch die Zahl der Krankenversicherten von 2003 bis 2009 von 10% auf 95% gestiegen, die Zahl der Altersversicherten hat sich binnen fünf Jahren verdreifacht.

Neben der zweifelsohne aufsteigenden Großmacht China wird gefragt, wer noch in der multipolaren Welt an entscheidender Stelle mitspielen darf und wird. Russland wird bis auf absehbare Zeit weiterhin eine wichtige militärische Rolle spielen, mehr aber nicht, denn seine nicht vorhandene Wirtschaftskraft disqualifiziert das Land als global player. Der EU konzidiert Schuhler, dass sie durchaus einen Führungsanspruch in der post-US-amerikanischen Welt zu erheben versucht, dass insbesondere Deutschland innerhalb der EU eine führende Rolle anmeldet, und er verweist auf die auch militärischen Anstrengungen Deutschlands in der NATO wie in der EU. Jedoch erinnert er daran, dass die EU trotz bemerkenswerter Wirtschaftsleistungen eben doch nicht wirklich autonom und nach wie vor Vasall

der USA ist – und das nicht nur militärisch sondern auch wirtschaftlich und finanzpolitisch: In der Weltfinanz herrschen die großen Kapitalverwertungsgesellschaften, die allesamt in den USA beheimatet sind. Eindringlich illustrierter die Rolle, die diese Firmen spielen bei der Beratung (und Steuerung) der US-Zentralbank Fed, der Europäischen Zentralbank, den die internationale Finanzpolitik steuernden Rating-Agenturen. Lähmend sind ferner innereuropäische Konflikte und Rivalitäten.

All dies läuft auf die zentrale Frage hinaus: Ist das chinesische Modell nicht nur Exempel für einen sensationellen Aufstieg zur Großmacht unter staatskapitalistischem Vorzeichen, sondern ist der chinesische Weg zugleich auch eine Alternative zum privatkapitalistischen westlichen Ordnungssystem? „Chinas Staatskapitalismus ist das entscheidende Gegengewicht gegen die neoliberale Kriegspolitik und globale Ausbeutung durch das neoliberale US-Bündnis“ (96).

Genau hier scheiden sich die Geister: Conrad Schuhler nimmt die linken Kritiker des chinesischen Modells durchaus zur Kenntnis, hält es aber für eine systemische – und vor allem friedliche – Alternative zum westlichen Kapitalismus. Der Rezensent ordnet sich eher unter die Skeptiker ein, sieht er doch in erster Linie den auch von Schuhler nicht bezweifelte kapitalistischen Charakter des chinesischen Systems mit all den Widersprüchen, die dem Kapitalismus eigen sind und wie sie sich auch in der Korruption und vor allem in der Herausbildung eines Klassensystems in China zeigen. Auch die Frage der Friedlichkeit des chinesischen Weges scheint nicht so eindeutig: Gegenüber den exorbitanten Rüstungsausgaben der

USA in Höhe von knapp 650 Mrd. Dollar pro Jahr liegen die Rüstungsausgaben Chinas mit 250 Mrd. immerhin an zweiter Stelle. Auch die Seidenstraße wird militärisch abgesichert (Schuhler erwähnt es), wenn am Horn von Afrika, in Dschibuti, neben den großen Basen der USA und Frankreichs ein chinesischer Stützpunkt entsteht, der den Knotenpunkt des Welthandels am Ausgang des Roten Meeres und des Persischen Golfs in den Indischen Ozean sichert.

Doch zurück zum Titel „Wie weit noch bis zum Krieg?“ Wie auch immer man die zukünftige Entwicklung Chinas einschätzen mag: Eine Diagnose Schuhlers dürfte als gesichert gelten: „Je weniger zivile, wirtschaftliche Mittel dem Westen zur Verfügung stehen, umso eher besteht die Gefahr, dass er zu kriegerischen greifen wird.“ (88). Die große Gefahr ist in der Tat: Werden die USA ihren (unvermeidlichen) Abstieg hinnehmen oder mit ihrer gigantischen militärischen Kraft unter Zuhilfenahme des Vasallen Europa ihre Position zu retten versuchen. Als einzige, globale Gegenbewegung gegen das den Planeten bedrohende (westliche) kapitalistische System sieht er die Vielzahl der sozialen Bewegungen, die sog. Mosaik-Linke, die in der Summierung der Widerstandspotenziale ein Höchstmaß an Anti-Kapitalkraft mobilisieren könne. In der jungen Generation, ihrem Kampf zur Rettung der Umwelt, sieht er die Kraft, gemeinsam mit einer neu erstarkten Friedensbewegung jenen systemischen Wandel herbeizuführen, der notwendig ist, um die nahe Kriegsgefahr planetarischen Ausmaßes zu bannen. Ein wichtiges Buch in einer immer gefährlicheren Zeit.

Werner Ruf

Social Reproduction Theory – ein neuer alter Ansatz

Lise Vogel, Marxismus und Frauenunterdrückung. Auf dem Weg zu einer umfassenden Theorie. UNRAST Verlag, Münster 2019, 324 S., 19,80 Euro

Beiträge zur Frage nach dem Verhältnis von Frauenunterdrückung und Kapitalismus scheinen wieder en vogue zu sein. Die 2019 publizierte Übersetzung von Lise Vogels bereits 1986 veröffentlichtem Text „Marxism and the Oppression of Women. Toward a Unitary Theory“ fällt als prominenter Beitrag in diese Sparte. Wie Frigga Haug im Vorwort kritisch anmerkt, hat sich, aufbauend auf Vogels Arbeiten, ein „Mythos“ um eine vermeintlich neue „Social Reproduction Theory“ (SRT) entwickelt, „der die Spuren zu Marx ebenso verdeckt und verschüttet wie den wirklichen Beitrag Vogels zum feministischen Marxismus“ (13). Basierend auf der Übersetzung von „social“ mit „sozial“, anstelle von „gesellschaftlich“ werde die Frage nach der gesellschaftlichen Reproduktion im Sinne von Marx beiseitegeschoben und unter dem Deckmantel einer „neuen feministischen ökonomischen Theorie“ von ihren Wurzeln getrennt sowie anderen marxistisch-feministischen Arbeiten als Kontrahentin gegenübergestellt. Um die marxistische Ausrichtung der Arbeiten Vogels zu bemerken, genügt jedoch schon ein Blick ins Inhaltsverzeichnis. Die Autorin arbeitet sich an den Klassikern der sozialistischen Feminismusdebatte, Marx und Engels und den Vertreter*innen der Zweiten Internationale, ab, bevor sie darauf aufbauend ihre eigene Theorie entwirft, deren zentrales Argument Haug im Vorwort zusammenfasst: „Die gleichberechtigte Verge-

sellschaftung aller Tätigkeiten findet ihre Grenze an der Gebärfähigkeit der Frauen und den dazu gehörigen Grenzen der vollen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft auf Kosten der Reproduktion der Arbeiterschaft als Ganze.“ (10) Auf Basis dieses Vorgehens lässt sich das Buch in zwei Fragestellungen gliedern: Welche Zugänge zum Verhältnis von Kapitalismus und Frauenunterdrückung werden in der marxistischen Literatur vertreten? Was ist gesellschaftliche Reproduktion?

Für die Beantwortung der ersten Frage unterzieht Vogel u.a. Friedrich Engels' „Ursprung“, Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“, Marx' „Kapital“ sowie Arbeiten Zetkins und Lenins einer präzisen Relektüre. Darin findet sie zahlreiche Widersprüche und Auslassungen, aus denen, so Vogel, hervorgehe, dass die marxistische Tradition des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nur begrenzt in der Lage sei, der „Frauenfrage“ einen theoretischen Rahmen zu geben. „Dies liegt größtenteils an einem unzureichenden Verständnis von Marx' Theorie gesellschaftlicher Entwicklung.“ (186) Diese Unzulänglichkeiten führt Vogel darauf zurück, dass stets zwei sich ausschließende Ansätze – die „Zwei-System-Perspektive“ sowie die „Theorie gesellschaftlicher Reproduktion“ (SRT) – nebeneinander existierten, die weder diskutiert noch klar voneinander unterschieden wurden. Aus Sicht der „Zwei-Systeme-Perspektive“ resultiert die Frauenunterdrückung aus der geschlechtlichen Arbeitsteilung unter männlicher Vorherrschaft. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ist durch die Abhängigkeit der Frauen von den Männern geprägt. Vogel kritisiert, dass die Relation zwischen Klassen- und Frauenunterdrückung zwar be-

nannt, aber in ihrem Charakter ungeklärt bleibe. So erscheinen Klassen- und Geschlechterunterdrückung als autonome Phänomene. Im Gegensatz dazu sieht die Analyse der gesellschaftlichen Reproduktion die Wurzeln der Frauenunterdrückung in der besonderen Stellung der Frauen, die sich durch die Sicherung der generationalen Erneuerung gesellschaftlicher Arbeitskräfte auszeichne. Diese Perspektive sei allerdings nie hinreichend ausgearbeitet worden – eine analytische Lücke, die Vogel zu schließen beansprucht, indem sie einen theoretischen Rahmen erarbeitet, „innerhalb dessen das Phänomen der Frauenunterdrückung in der gesellschaftlichen Reproduktion erkannt werden kann.“ (198) Ihr Augenmerk liegt dabei auf der theoretischen Ausarbeitung der materiellen Basis der Frauenunterdrückung und bleibt notgedrungen abstrakt.

Zunächst stellt sie mit Marx fest, dass die gesellschaftliche Reproduktion der Reproduktion der Reproduktionsbedingungen bedarf. Zu diesen Bedingungen zählt das Vorhandensein einer unterdrückten Klasse unmittelbarer Produzent*innen – diese müssen sowohl erhalten als auch erneuert werden. Gesellschaftliche Reproduktion zielt nicht auf die einzelnen, bereits im Produktionsprozess integrierten Arbeitskräfte, sondern auf die Gesamtheit der Arbeiter*innen. Auch wenn die Dualität der Reproduktion von Arbeitskraft bekannt ist, ist es Vogels Verdienst, die Aufrechterhaltung einerseits und das Ersetzen von Arbeitskraft andererseits theoretisch voneinander zu trennen und einzeln zu analysieren.

Neben der gängigen Form im Haushalt seien diverse Formen (z.B. Wohnheime, Krankenhäuser) denkbar, in denen die

Arbeitskraft erhalten wird. Ebenso ließe sich die jeweilige Arbeiter*innenschaft durch Einwanderung oder Versklavung ersetzen. „Viel wahrscheinlicher aber ist es, dass die bestehenden Arbeiter sowohl generationell als auch durch neue Arbeiter ersetzt werden.“ (203) Erst in der generationalen Reproduktion avancieren biologische Geschlechter zu einer relevanten Größe. Die gesellschaftlichen Folgen geschlechtlicher Arbeitsteilung entspringen nach Vogel aus der Gesellschaftsform, in der sie verrichtet wird. In kapitalistisch organisierten Gesellschaften führt die Fähigkeit von Frauen, Kinder zu gebären, zu Widersprüchen: Durch Schwangerschaft, Geburt und Regenerationszeit wird die Arbeitskraft der Frau dem Produktionsprozess entzogen. Unabhängig davon, wie kurz diese Phase andauert, ist sie währenddessen davon abhängig, vom Mann mit Subsistenzmitteln versorgt zu werden: Dieser Umstand, „nicht die geschlechtliche Arbeitsteilung an sich, bildet die materielle Basis für die Unterdrückung der Frauen in der Klassengesellschaft.“ (213)

In der Hinführung erweitert Vogel das Konzept der notwendigen Arbeit von Marx, das den Teil des Lohnes beschreibt, in dem der/die Lohnarbeiter*in für die eigene Reproduktion arbeitet. Vogel differenziert zwischen drei Aspekten notwendiger Arbeit: der Aufrechterhaltung bzw. Erneuerung der Arbeitskraft, dem Ankauf von Subsistenzmitteln und deren Zubereitung, sowie dem Erhalt von Alten, Kindern und Kranken. Daraus resultiert die Teilung der notwendigen Arbeit in einen sozialen und einen häuslichen Teil; die Reproduktion der Arbeitskraft bedarf beider Komponenten. Der soziale Teil deckt sich mit Marx' Verständnis not-

wendiger Arbeit, er sichert die Reproduktionskosten. Der häusliche Teil findet außerhalb kapitalistischer Produktion statt, in ihm werden die gekauften Güter für den Konsum bearbeitet. Auch das Verhältnis von Mehrarbeit und notwendiger Arbeit umfasst zwei Aspekte: Zum einen verschleiert der Lohn die soziale Komponente notwendiger Arbeit, zum anderen verdeckt er ihre häusliche Komponente (219). Die sozialen Einheiten, in denen die häusliche Komponente geleistet wird, sind direkt von der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation betroffen (220, Fußnote). Als Ort des Nicht-Eigentums und Nicht-Besitzes von Seiten der Träger*innen der Arbeitskraft erscheinen sie zugleich als „Gegenpol“ zu den kapitalistischen Unternehmen. Diese Annahme übersieht jedoch die patriarchale Struktur der Kernfamilie und deren Beitrag, nicht nur zur generationalen Erneuerung, sondern auch zur Erhaltung der Arbeitskraft.

Wenngleich Vogel versucht, die materiellen Bedingungen der Frauenunterdrückung mit dem ideologischen Überbau zusammenzubringen, liefert ihre Theorie keine Erklärung für das Aufkommen der männlichen Herrschaft vor der kapitalistischen Produktionsweise. Indem sie die Zwei-System-Perspektive der Frage nach der gesellschaftlichen Reproduktion gegenüberstellt und sie als inkompatibel charakterisiert, entgehen ihr ausschlaggebende Punkte: So liefert die eigenständige Betrachtungsweise des Patriarchats wichtige Einsichten in die Genese der ideologischen Strukturen männlicher Vorherrschaft, wohingegen die SRT explizit die Stellung der Frau im kapitalistischen (Re-)Produktionsprozess beleuchtet. Durch eine Verknüpfung dieser Debattenstränge

ließe sich die lang anhaltende Kontroverse über den Zusammenhang von Kapitalismus und Frauenunterdrückung entschärfen, indem der Frauenunterdrückung eine spezifische Funktion in der gesellschaftlichen Produktion zugeschrieben wird, während gleichzeitig anerkannt bleibt, dass die männliche Vorherrschaft als eigenständige historische Komponente früherer Gesellschaftsformationen in die gegenwärtige Gesellschaftsform einfließt.

Kim Lucht/Livia Schubert

Reflexionen über Lebensqualität

Dieter Kramer, Es gibt ein Genug. Lebensqualität, Enkelgerechtigkeit und die kulturellen Dimensionen zukunftsfähigen Lebens. Oekom Verlag München 2019, 296 S., 28 Euro

Das neueste Buch von Dieter Kramer ist nicht ganz einfach zu beschreiben und zu analysieren, handelt es sich doch um in elf Kapitel gegliederte Reflexionen über Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Alltag, kulturelle Praktiken in sehr verschiedenen geschichtlichen Perioden und Orten; dies alles wird unterlegt mit zahlreichen Hinweisen, Belegen und Zitaten aus historischen, kulturwissenschaftlichen, anthropologischen, ökonomischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Studien, die zur Bekräftigung der jeweiligen Thesen herangezogen werden.

So finden sich historisch gerichtete Kapitel über weit zurückliegende „Wohlstandsgesellschaften zu Beginn der Menschheitsgeschichte“ (27-42), mehrere Kapitel über Subsistenz- und Gemeinschaftsarbeit (57ff.), die Allmendeorganisation und Gemeinnutzen

(70ff.; 111ff.; 202ff.), die diversen kulturellen Definitionen von „Reichtum und Armut“ (148ff.), die schädliche Entgegensetzung von „Lebensqualität“ und „Wachstum“ in der kapitalistischen Moderne (171ff.) sowie über traditionelle und neue Formen von „Mobilität, Reise/Tourismus“ (221 ff.).

Dabei klingen diese zum Teil als Kapitelüberschriften dienenden Leitbegriffe ziemlich geordnet und übersichtlich; vertieft man sich in die darunter subsumierten Texte selbst, wird man mit einer Fülle von Episoden, Kuriosa, Hinweisen, Thesen aus der „ganzen Geschichte“ sowie mit zahlreichen Anmerkungen, besonderen Einschüben (deren Beziehung zum Haupttext nicht immer ins Auge springt) sowie teilweise längeren Zitaten konfrontiert, die eine diskursive, zusammenhängende Lektüre nicht immer erleichtern.

Bei aller breiten Vielfalt und gelegentlichen Überschneidungen lassen sich aus den verschiedenen Thematiken dennoch einige generelle Schlussfolgerungen ableiten: 1. Der Blick in die Geschichte, zumal die Kulturgeschichte, kann nützlich sein, um sich über eine prinzipielle Funktionsfähigkeit von gemeinsamen und eventuell sogar gemeinnützigen Arbeits-, Organisations- und Lebensformen zu informieren. Diese gab es unter feudalen Verhältnissen in vielen Teilen Europas auf verschiedenen Ebenen: Allmende (gemeinsame Äcker/Wiesen) und Holznutzung, Wasserversorgung, Feuerschutz, Baupolizei, Unterhalt von Wegen und sonstiger Infrastruktur bis hin zu Zunftorganisationen. 2. Gegenüber bloßen Markt- und Kapitalverwertungsprozessen sind Suffizienz- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkte nicht zu vergessen bzw. wieder deutlich aufzuwerten. 3. Was „Armut“ und „Reich-

tum“ ist oder sein kann, ist auch wesentlich sozio-kulturell bestimmt; es gab und gibt eine große Variationsbreite dessen, was darunter verstanden werden kann und wie das Verhältnis von Armen zu Reichen jeweils aussah. In vorkapitalistischen Gesellschaften Europas gab es zahlreiche Mechanismen (Feste, Feiertage, Beteiligung aller am Gemeinnutzen etc.), durch die den Armen etwas geholfen und damit der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wurde. 4. „Lebensqualität, Einzelgerechtigkeit und ein zukunftsfähiges Leben“ seien letztlich nur durch „Wiedereinbettung“ von Wirtschaft und Gesellschaft (im Sinne Polanyis) sowie durch Beachtung gemeinsamer kultureller Zielsetzungen möglich. 5. Dies zu realisieren bzw. dem näher zu kommen, ist in letzter Instanz nur weltweit möglich; dies hängt wiederum wesentlich davon ab, ob und in welchem Umfang diese grundsätzlichen Umorientierungen von wachsenden Mehrheiten in vielen Ländern als attraktiv und überlebenswert oder überlebensnotwendig erkannt werden (247). Unter sehr verschiedenen Aspekten analysiert Kramer kritisch den noch herrschenden Trend, Wachstum als Selbstzweck, als Grundlage von „Wohlstand und Lebensqualität“ zu propagieren, ihn als Basis für „Erlebnissfähigkeit“ und „Einzigartigkeit“, „Singularität“, als das non plus ultra der Moderne schlechthin zu feiern. Die sich seit einiger Zeit abzeichnenden Wachstumsschwächen in den entwickelten kapitalistischen Ländern sowie die verstärkte Wahrnehmung der ökologischen Kosten und Folgen des forcierten, bisher gewohnten Wachstums deuten seiner Ansicht nach darauf hin, dass die Hoffnung auf Umkehr nicht völlig vergeblich oder bloß voluntaristisch ist. „Viele Gemeinnut-

zen werden zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder entdeckt, Selbstorganisation ermöglicht es, neue zu schaffen oder überkommene zu reaktivieren. In günstigen Fällen leiten sich damit molekulare (modulare) Wandlungen ein, die Konturen einer solidarischen Lebensweise erfahrbar machen. Wenn von da aus Pfade in die Politik (als der für die gesamte Gesellschaft relevanten Sphäre) eingeschlagen werden, gibt es Chancen für Wege zu einer dauerhaften Postwachstumsgesellschaft.“ (193)

Es ist erstaunlich, dass Kramer trotz der Vielfalt und Breite der angesprochenen Themen und Probleme fast immer relativ differenzierte und gut belegte Urteile zu fällen imstande ist. In wenigen Punkten scheint dies allerdings nicht zuzutreffen. So z.B., wenn er sich zu den Nord-Süd-Beziehungen äußert: „Pullfaktoren ziehen Menschen in die reichen europäischen und nordamerikanischen Regionen (reich, weil sie vom Rest der Welt leben).“ (250) Eine derartige Sichtweise – wie sie in den 60er und 70er Jahren verbreitet war – wird heute unter Gesichtspunkten der Wertproduktion und -übertragung überwiegend als allzu simplifizierend angesehen, was natürlich keineswegs negiert, dass die meisten Länder der sog. Peripherie und Semi-Peripherie auch gegenwärtig noch ökonomisch und ökologisch ausgebeutet und deutlich benachteiligt werden. Auch in Bezug auf das umstrittene Konzept der sog. „imperialen Lebensweise“ (189f.) scheint Kramer der damit verbundenen Debatte eher aus dem Weg gehen und dessen Bedeutungsinhalte übernehmen zu wollen; was „imperial“ sein soll, wenn sich eine solche Lebensweise fast weltweit ausbreitet und attraktiv für viele Menschen im sog. „globalen Süden“ zu sein

scheint; und warum diese angeblich einheitlich-homogene Lebensweise nichts mit Klassenverhältnissen zu tun haben soll (190), erschließt sich hier nicht. Auch die Rede von einer „imperialen Automobilität“ (239) bleibt im Dunkeln. Andere beiläufige Bemerkungen reizen zur Diskussion, wenn er z.B. meint, dass mit dem klösterlich-asketischen Leben „potenzielle Arbeitskräfte dem wirtschaftlichen Kreislauf entzogen“ gewesen seien (98f.); die enorme Rolle der Klöster im frühen und hohen Mittelalter als wirtschaftliche und soziale Leistungszentren und innovative Orte (im Handwerk, der Pflanzenzucht, als Klosterschulen und als monopolistische Repräsentanten der geschriebenen Kultur, als Geldverleiher etc.) wird mit solchen Formulierungen wohl nicht angemessen getroffen.

Trotz dieser wenigen und für die zentralen Argumentationsstränge Kramers nicht bedeutsamen Kritikpunkte kann die Lektüre dieser kritischen Zeitdiagnose aus kulturwissenschaftlicher Sicht als sehr lehrreich und anregend empfohlen werden.

Dieter Boris

Habermas: Ergänzung einer Konsens-Demokratie durch Transzendenz?

Jürgen Habermas, Auch eine Geschichte der Philosophie. Band 1: Die okzidentale Konstellation von Glaube und Wissen. Band 2: Vernünftige Freiheit. Spuren des Diskurses über Glauben und Wissen. Suhrkamp: Berlin 1.752 S., 58 Euro

Habermas, der nunmehr über seine bisherige Aussparung der Metaphysikgeschichte hinauswächst, legt mit diesem Magnum Opus eine Rekonstruktion der

Achsenzeit (800 bis 200 vor unserer Zeitrechnung) der geistigen Landschaft Europas vor, die zugleich achsenzeitliche Konturen Eurasiens einschließt. Obwohl antike wie neuzeitliche Zeugen wie die griechischen Tragiker, Thukydides, Tacitus, Horaz, Vergil, Ovid, Dante, Shakespeare, Montaigne, Goethe, Baudelaire, Dostojewski oder Kafka fehlen, umfasst das Panorama zugleich Positionen der Antike bis heute. Was bildet das Ergebnis? Eurasien bot einen Lernprozess von bisher 2.800 Jahren, der in der Frühzeit die alten Hochkulturen ablöste. Resultat: unsere praktische Vernunft soll und muss in ihrer transzendental-freiheitlichen Selbstbestimmung auf ein Sakrales, Heiliges oder Transzendentes angewiesen bleiben. Dieses Ergebnis entspricht zudem jener Bemerkung des Juristen Böckenförde, dass auch der säkulare Staat auf von ihm nicht garantierten Voraussetzungen beruhe. Doch davon, dass auch die Kirchen diese Voraussetzungen nicht garantieren, redete Böckenförde nicht. Ebenso liefert Habermas keine Klärung dieser Voraussetzungen.

Im Unterschied zu Jaspers, dessen Sorge wegen eines Atomkriegs Habermas mit keinem Wort erwähnt, ist die Habermas-Sicht methodisch absichtlich rückwärtsgerichtet. Gleichwohl fällt auf den ersten Blick eine Übernahme der heutigen Achsenzeitlichkeit auf. Es handelt sich bei Jaspers um keine Epocheneinteilung. Vielmehr geht es um den Vergleich verschiedener Kulturen – die Zeit der Griechen seit Homer, die der Propheten Israels, Zarathustras, Buddhas und Chinas zur Zeit des Konfuzius und des Laotse. Es spricht übrigens für das kulturphilosophische Interesse von Habermas in Zeiten einer demnächst vermutlich von

China dominierten globalen Zivilisation, dass er auch durchdachte Kapitel über Buddha und die beiden grundlegenden chinesischen Denker in sein Opus einwob. In jener Zeit kam überall unabhängig voneinander zu Bewusstsein, dass es ein Ganzes gibt, dass Philosophie auftrat, dass Grenzen bewusst wurden, dass eine allgemeine Assimilation stattfand, dass nach dem Scheitern von Mythen ein Nihilismus der Sinngebung um sich griff, während zugleich in jener Zeit nach universell Gültigem gesucht wurde, dem wiederum die Errichtung großer Reiche entsprach, die verschiedene Ethnien umfassten. Die für die Ethik nachhaltigste Strömung der Antike – die Stoa, die Habermas allerdings nahezu ausklammert – sprach im Rückgriff auf Demokrit nicht von einem nationalen Staat, sondern von einer Bürgerschaft des Kosmos. Die Achsenzeit gleicht jener altgriechischen Rede von einem Kairós, einer augenblicklichen Verknüpfungszeit. Im Kairos nämlich wurden unabsichtliche Erscheinungen plötzlich vergleichbar, Außergesetzliches wurde übergesetzt geordnet, zeitlich Fliehendes wurde fixiert.

Für Jaspers wie für Habermas geschah in der Achsenzeit eine Suche nach universell Gültigem. Dies gilt nicht allein für die Phänomene der Natur, die sich überall gleich verhalten, sondern ebenso für Staatsgesetze, für logische Folge- und Handlungsregeln und die Vernünftigkeit des durchschnittlichen menschlichen Verhaltens. Für Jaspers ist die Achsenzeit weiter konzipiert als bei Habermas. Jaspers fragt nach den Voraussetzungen einer naturwissenschaftlich-technischen Zivilisation. In der Achsenzeit wurde eine durchgängig gleichartige Natur entdeckt, eine gleichartige Logik, glei-

ches Recht, gleiche Vernünftigkeit. Habermas läßt sich denselben Input der Achsenzeit herunter und sucht dennoch nach etwas anderem als nach den Voraussetzungen. Seine Suche geht nach dem, was nach dem Ende der Metaphysik innerhalb der Achsenzeit gelernt wurde. Je mehr die ökologische Erdbilanz irreversibel ins Negative dreht, je mehr die Erde in Sekunden menschenleer atomar zerbombt werden kann, je mehr die Überwachung allgegenwärtig ist, je mehr interessieren den sonst eher gegenwartsdiagnostisch fixierten Habermas das Erbe des Umgangs mit den Folgen abendländischer Metaphysik.

Wer erfindet mit welchem Anspruch Metaphysik? Diese Frage zielt nicht auf Platon, sondern auf das Buch Lambda der *Metaphysik* des Platon-Schülers Aristoteles und 500 Jahre später auf jenen Neuplatonismus Plotins, der Aristoteles mit anderen begrifflichen Mitteln fortsetzte. Nun fällt jedoch auf, dass Habermas die Frage nach der Begründung und der Tragweite der Metaphysik mit Angaben zum Ort der Metaphysik beantwortet: ein Ort, an dem sich nichts als die Spuren der Entfernung eines Organs finden. Der Verfasser behandelt die Metaphysik als Spur einer chirurgisch entfernten Wunde. Wenn die Metaphysik das Hirn (oder, bei Aristoteles: das Herz) wäre, so bliebe ein Organismus ohne Zentralorgan übrig. Die Frage nach dem Nutzen dieses Organs beantworten unsere achsenzeitlich gereiften Zivilisationen selbst. Ein metaphysisches Zentralorgan erscheint als nutzloser Zusatz. Metaphysik wird zur Erinnerung an einen Trost, den es niemals gab.

Doch Habermas agiert vorsichtiger. Er handelt vom unbewegten Beweger des Aristoteles, er handelt vom unaus-

sprechlich Einen, dem Hen jenseits des Intelligiblen bei Plotin. Doch der Kontext der Metaphysik ist nicht metaphysisch. Aristoteles wird lediglich im Kontext der mittelalterlichen Scholastik behandelt, was zur Ausblendung metaphysiktheoretisch wichtiger Passagen führt. Auch die Texte Plotins im achsenzeitlichen Großreich des Imperium Romanum werden als Dokumente einer Erlösung gedeutet, so dass jener bis heute rätselhafte Weg vom begründeten Wissen zum Zug des *Glaubens* – den einst Sokrates mit der bis heute nicht beachteten Warnung sperrte: Wenn etwas nicht gewusst werde, dann helfe auch keinerlei Glauben, das Gesuchte zu finden (Platon, *Apologie* 21 d) – der auf dem Nachbargleis wartet. In jener Zeit des Imperium Romanum sprach man vielfach von „Offenbarung“: als Wiederherstellung der von bösen Dämonen verstellten Kosmosordnung (Justin), weitherzig als Merkmal jeglicher Erkenntnis (Plutarch), konfliktverschärfend als widervernünftiges Evangelium (Tertullian), institutionell als durch die katholische Kirche beglaubigter Ort des Geltenden. Habermas stellte die Entwicklung auf zwanzig gedrängten Seiten (1.516-545) so dar, dass das christliche Kerygma mit der antiken Philosophie in ein „Wechselspiel“ geriet, aus dem „das nachmetaphysische Denken als Gewinner hervorgehen“ wird (1.545).

Könnten dabei gnostische Denkweisen die Rolle einer Art von Katalysator gespielt haben? Dazu bleibt der Verfasser vage. Dies ist insofern schade, als ein Weiterwirken der antiken Gnosis nicht allein infolge ihrer existenzphilosophisch, von Hans Jonas erarbeiteten Evidenz deutlich wurde, sondern seither in den Berufungen von etwa Slo-

terdijk, Blumenberg, Voegelin oder Taubes fortgesetzt wurde. Dagegen wird derzeit vermerkt, dass die antike Gnosis den Kreuzestod von Christus zwar depotenziere, dafür aber anthropologisch die Vorstellung eines selbstermächtigten Menschen im Unterschied zu Habermas' Hegeldeutung abschwäche (2.503, vgl. Barbara Aland, *Die Gnosis*, Reclam 2014, 241f.). Diese Deutung ist jedoch auch mit der Habermas-Ergänzung des selbstermächtigten Menschen durch religiöse Transzendenz vereinbar.

Methodisch entscheidet sich Habermas für ein Verfahren, das er wiederholt als „Genealogie nachmetaphysischen Denkens“ charakterisiert. Habermas denkt dabei an den von ihm nicht rehabilitierten Nietzsche und verkennt, dass nicht Nietzsche, sondern 1751 d'Alembert das genealogische Verfahren zum methodischen Angelpunkt einer wissenschaftlichen Gesamtbilanz erklärte. In seinem *Discours préliminaire* zur Enzyklopädie definierte er „Genealogie“ als „Verbindung menschlichen Wissens“, das begründet zum wahren Ort der Erkenntnisentstehung gelangt (vgl. die 2000 vom M. Malherbe kommentierte bei Vrin erscheinende Ausgabe, 84). Es handelt sich um eine Genealogie, welche Habermas, ohne deren verallgemeinerten Zugriff zu bemerken und sie als methodisches Zentrum wahrzunehmen, immerhin wegen ihrer Alphabetisierung ausdrücklich lobt (1.72). Die Enzyklopädie betreibt damit dasselbe, was Habermas etwa 270 Jahre später bestätigen möchte: Die gesellschaftliche Integration von Vernunft in eine nicht zu verlierenden Ganzheit. In jedem Fall unternimmt der Verfasser einen Versuch einer emanzipatorischen Gesamtwissensverknüpfung, die auch

formal das Werk jener Enzyklopädie der Aufklärung fortführt, indem es allerdings zugleich die von den Aufklärern – im anonymen *Traité des trois imposteurs*, in Mésliers Testament, in d’Holbachs *Le christianisme dévoilé*, in Voltaires „écrasez l’infâme“ oder in Rousseaus Satz, man könne nicht friedlich mit denen zusammenleben, die einen für verdammt halten – verlangte Austreibung des Geistlichen aus dem Geist in deren unvermeidliche Koexistenz undefiniert.

Den Übergang von einer transzendentalen und vernünftigen Selbstemanzipation zur religiösen Transzendenz spricht Habermas gegen Ende in seinen sechzig Seiten zum Thema Marx aus. Im Unterschied zu der von Habermas nicht rezipierten Monografie *Marx, prénom: Karl* von Pierre Dardot und Christian Laval (Gallimard 2012), die mit dem Marx-Wort vom Kampf endete, möchte Habermas Marx nicht in einen unheilvollen Kreislauf ewiger Siege und ewiger Niederlagen auslaufen lassen. Denn: Gegenüber dieser heillosen Sicht waren es jüdische Autoren, die weiter reichende Gerechtigkeitsvorstellungen mit Marx verbanden. Habermas nennt die Namen von Ernst Bloch, Walter Benjamin oder Theodor Wiesengrund Adorno. Ob sich auf diese transzendenteschatologische Ergänzung der transzendentalen Gerechtigkeit Kants auch die von Habermas kritisierte Verbindung von Kapitalismus und Demokratie mit ihrer ökologisch irreversiblen Verknappung menschlicher Vitalinteressen einschließlich des heraufziehenden Realrisikos eines Atomkriegs lernend bewältigen lasse, bleibt eine im Horizont des Kapitalismus und seiner Habermas-Rekonstruktion unbeantwortbare Frage.

Bernhard H. F. Taureck

Auseinandersetzungen mit Rassismus

Ulrike Marz, *Kritik des Rassismus. Eine Einführung*. Schmetterling-Verlag, Reihe *theorie.org*, Stuttgart, 2020, 240 S., 12 Euro

Rassismus ist aktuell schier allgegenwärtig. Seine offene Rückkehr in den politischen Diskurs bis weit in die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft hinein vollzog sich schleichend. Seit dem Ende des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“ seit den späten siebziger und frühen achtziger Jahren drang er immer tiefer in die politische Tiefenpsyche des Konservatismus und später des Neoliberalismus ein und setzte sich in diesen Diskurssystemen des bürgerlichen Denkens fest wie eine schwärende Wunde, die gerade im letzten Jahrzehnt aufbrach und Teile der herrschenden Klassen und die Wählerbasis bürgerlicher und neu entstandener rechtspopulistischer Parteien infizierte. Doch ist Rassismus eigentlich nicht die andere Hälfte des Janusgesichts der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung in Theorie und Praxis? Dieser Leitfrage geht Ulrike Marz in ihrem als Handbuch und Leitfaden aufgebauten Buch „Kritik des Rassismus“ systematisch nach und liefert dem Lesepublikum eine wohl geordnete Einführung in die Denkwelt von auf Macht und Ungleichheit beruhenden Theorien und Positionen, deren Ursprung weit zurück reicht. In fünf Kapitel stellt die Autorin grundlegende Prägungen und Ausformungen des Rassismus vor, weitere fünf Kapitel thematisieren die verschiedenen politischen soziologischen, psychologischen und ideologiekritischen Erklärungsansätze über Rassismus, um sie dann systematisch und methodisch zu kritisieren

und Gegenstrategien zu skizzieren. Es ist also ein Handbuch zum Umgang mit dem Rassismus in unserer Gegenwart und zu Grundpositionen seiner kritischen Deutung und will Argumente zum antirassistischen Umgang beisteuern. Und die handliche Größe macht dieses Buch zu einer jederzeit und an jedem Ort lesbaren Lektüre.

In ihrer Einleitung bietet die Autorin einen Überblick über „Die Enge und Weite des Rassismusbegriffs“. Sie weist darauf hin, dass etymologisch gesehen die Bezeichnung als „Rassismus“ erstmals 1934 durch Magnus Hirschfeld verwendet wurde. Vorher sprach man von „Rassenhass“. Dieser Begriff aber setzte die Existenz menschlicher „Rassen“ voraus und eben nicht ihre reine Fiktionalität. Es war u.a. Ruth Benedict (1942), die die Existenz vermeintlicher Rassen wissenschaftlich zurückwies. Seither haben sich die Ansätze zur Deutung dieses die Moderne begleitenden anti-humanistischen Denkens genauso gewandelt wie der Rassismus selbst. Die Befreiung vom Faschismus als der brutalsten Herrschaftsform rassistischer Machtausübung diskreditierte zwar das NS-Rassendenken und die entsprechende mörderische Praxis, nicht aber die Existenz von Rassismus als negativer Ideologie. Aus „Rasse“ im Sinne einer Arten- und Zuchtvorstellung wurden nach 1945 entweder „Natur“ oder „Kultur“ als Dreh- und Angelpunkt hierarchisierender Vorstellungen von Menschen im Sinne einer Höher- oder Minderwertigkeit bzw. einer unvereinbaren „rassischen Differenz“. Der erste Ansatz ist ein älterer biologistischer, der zweite ein jüngerer kulturalistischer Ansatz. Aber beide Grundmuster des Rassismus arbeiten mit dem Mittel der Homogenisierung und Kollektivierung von Identitätsmerkmalen, die Menschengruppen ausnahmslos und kontingent zugeschrieben werden, um sie dann gegeneinander auf- bzw. abwertend anzuwenden.

tätsmerkmalen, die Menschengruppen ausnahmslos und kontingent zugeschrieben werden, um sie dann gegeneinander auf- bzw. abwertend anzuwenden.

Die Autorin stellt überdies die Frage: „Ist Rassismus nur eine neben vielen Unterdrückungsformen oder ist er eine zentrale Herrschaftsform moderner Gesellschaften?“ Die Tatsache, dass Rassismus immer wieder an Elemente von Alltagsbewusstsein anknüpfen kann und Menschen dadurch gegen andere Menschen mobilisiert werden können, beweist die Funktionalität und damit die Wichtigkeit von Rassismus als Unterdrückungsstrategie. Die Einleitung als Ganze ist sehr kompakt und führt zielgerichtet in die weitere Auseinandersetzung ein. Dazu gehört u.a. auch die Betrachtung des sog. „Ethnopluralismus“, also der angeblichen Existenz verwurzelter Ethnien bzw. Kulturen, die nur auf einem festen gewachsenen Territorium zur Entfaltung kommen können, wie es die „Neue Rechte“ seit den 1970er Jahren (Henning Eichberg, Alain de Benoist) propagierte. Diese sowohl biologistisch als auch kulturalistisch überformte Sicht schaffte es im Übrigen bis in das Parteiprogramm der AfD hinein, noch stärker ist sie bei den sog. „Identitären“ verbreitet und wird gern mit Phrasen garniert, deren Vokabular nicht selten linken Diskursen entlehnt wird. Weitere ältere und jüngere Ausformungen von Rassismus werden ebenfalls vorgestellt: Neo-Rassismus, Ethnozentrismus, Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, rassistische Vorurteile etc. gelten als „wohlklingende Ersatzbegriffe“. Allen gemeinsam ist eine Feststellung: „Rassismus ist eine Herrschaftspraxis. Der ideologische Gehalt des Rassismus liegt darin, Ungleichheit

und Ausbeutung – ob nachträglich oder zukünftig – zu legitimieren“. (63) Dass die „Rasse“ noch immer in Art. 3 GG als Grund für das Diskriminierungsverbot genannt wird, macht es Gegenstrategien eben auch nicht leichter.

Methodisch setzt sich die Autorin dann mit der Verbindung von Rassismus mit anderen Ausschlusspraxen auseinander („Rasse“– Klasse – Geschlecht, Rassismus und Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus). Dass sich Bezüge zur Wählerschaft Donald Trumps genauso herstellen lassen wie zu Politik Viktor Orbans oder zur AfD und zu Pegida, muss daher nicht verwundern und wird von der Autorin nicht verschwiegen. Es folgen die Kapitel zu den Erklärungsmustern, die mit den ökonomisch oder ideologiekritisch basierten Positionen beginnen. Hier sind sicherlich die engsten Bezüge zu marxistischen Positionen oder zur Kritischen Theorie zu verorten. Letztere findet ihren Niederschlag ebenso in sozialpsychologischen Deutungen, denn diese sind oft von den großen Studien Max Horkheimers und Theodor W. Adornos beeinflusst. Weitere vorgestellte Ansätze befassen sich mit Medien- und Diskursanalysen und mit postkolonialen Mustern wie der in der Linken verbreiteten „Critical Whiteness Studies“. Kapitel 10 thematisiert offene Fragen der Rassismusforschung und des argumentativen Umgangs mit dem Rassismus. Schon im sechsten Kapitel heißt es: „Rassisten sind keine Opfer“. Der Textteil endet mit der appellierenden Bemerkung an das Verbindende aller anti-rassistischen Handlungsoptionen: „Doch der Universalismus kann nicht selbst handeln; er ist kein politischer Akteur, sondern ein Prinzip. Es liegt an den einzelnen Menschen, ihr politisches

Handeln in Reflexion über die Dialektik der Aufklärung und die Fallstricke des Anti-Rassismus auszurichten“. (230) Es ist also ein Bohren dicker Bretter, will man den Rassismus zurückdrängen. Dies umso mehr, da er das Janusgesicht der bürgerlichen Gesellschaften ist. Darüber hat Ulrike Marz ein kluges und instruktives Buch geschrieben. Hinzu-zufügen bleibt, dass das Literaturverzeichnis nur auszugsweise in der Printversion abgedruckt ist, aber in Gänze auf www.schmetterling-verlag.de einzusehen ist.

Holger Czitrich-Stahl

AutorInnen und Übersetzer

Dr. Alexander Amberger – Berlin, Historiker, wiss. Mitarbeiter bei Helle Panke e.V.

Dr. Hans Günter Bell – Köln, Sozialwissenschaftler, Stadtplaner

Prof. Dr. Günter Benser – Berlin, Historiker

Dr. Stefan Bollinger – Berlin, Historiker, Z-Red.

Heiko Bolldorf – Marburg, Soziologe und freiberuflicher Referent für Gewerkschaften

Prof. Dr. Dieter Boris – Marburg/L., Sozialwissenschaftler, Z-Beirat

Eike Broszukat – Rüsselsheim, Vors. der Jugendvertretung bei Opel/Rüsselsheim

Prof. Dr. Christoph Butterwegge – Köln, Politikwissenschaftler, bis 2016 Hochschullehrer, Autor von „Ungleichheit in der Klassengesellschaft“

Dr. Holger Czitrich-Stahl – Berlin, Historiker und Lehrer

Janis Ehling – Berlin, Politikwissenschaftler, Mitglied des PV Die LINKE

Prof. Dr. Gerhard Engel – Mellensee, Historiker

Dominik Feldmann, M. Ed. – Siegen, Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. John Bellamy Foster – Eugene/USA, Prof. für Soziologie, Herausgeber von Monthly Review

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg, Historiker

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Dr. Gert Hautsch – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Medienjournalist

Julia Kaiser – Leipzig/Jena, Studentin der Soziologie

Luca Sebastian Karg – Frankfurt/M., Student d. Soziologie/Humanwissenschaften

Liam Krüger – Hamburg, Student und Aktivist bei „Bildung ohne Bundeswehr“

Prof. Dr. Thomas Kuczynski – Berlin, Wirtschaftshistoriker

Maurice Laßhof – Darmstadt, Student der Soziologie/Wirtschaftswissenschaften

Dr. Jürgen Leibiger – Radebeul, Wirtschaftswissenschaftler, Z-Beirat

Dr. André Leisewitz – Weilrod, Dipl. Biol., Z-Redakteur

John Lütten – Hamburg/Jena, Soziologe, Z-Red.

Kim Lucht – Jena, Studentin der Soziologie

Dr. Yana Milev – Berlin, Privatdozentin für Kultursoziologie an der Universität St. Gallen

Prof. Dr. Klaus Müller – Lugau, Wirtschaftswissenschaftler

Philipp Piechura – Bremen, Übersetzer

Prof. Dr. sc. Siegfried Prokop – Bernau, Historiker

Dr. Jürgen Reusch – Frankfurt/M, Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Jörg Roesler – Berlin, Wirtschaftshistoriker, Z-Beirat

Prof. Dr. Werner Ruf – Kassel, Politikwissenschaftler

Dr. Annette Schlemm – Milda b. Jena, Physikerin und Philosophin, beschäftigt an der Universität Bonn, Online-„Philosophenstübchen“

Livia Schubert – Wien, Studentin der Soziologie

Prof. Dr. Richard Sorg – Hamburg, Sozialwissenschaftler

Ingar Solty – Berlin, Politikwissenschaftler, Ref. f. Friedens-, Außen- u. Sicherheitspolitik a. Inst. f. Gesellschaftsanalyse d. Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dr. Christian Stache – Hamburg, Sozial- und Wirtschaftshistoriker (M.A.)

Intan Suwandi – Normal, Illinois/USA, Assistenzprofessorin f. Soziologie, Illinois State University

Prof. Dr. Bernhard H. F. Taureck – Braunschweig, Philosoph, Hochschullehrer

Prof. Dr. Elenor Volprich – Dresden, Soziologin
Andreas Wehr – Berlin, Jurist und Publizist

Dr. Michael Zander, Dipl.-Psych. – Berlin, vertritt eine Prof. für Rehabilitationspsychologie a. d. Hochschule Magdeburg-Stendal, Z-Redakteur

Prof. Dr. Raina Zimmering – Berlin, Politikwissenschaftlerin, Lateinamerikanistin

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Klaus Dräger, Jürgen Leibiger, Klaus Pickshauss, Jörg Roesler, Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Stefan Bollinger, Dominik Feldmann, Jörg Goldberg, André Leisewitz, John Lütten, Patrick Ölkrug, Jürgen Reusch, David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers/der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Abonnementpreis (vier Hefte): Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. IBAN: DE 69 5005 0201 0000 0345 95; BIC: HELADEF1822.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 700346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax: 069/53054406. e-mail: redaktion@zme-net.de; www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de.

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648. Wir bitten um freundliche Beachtung der Beilage des Mangroven-Verlages sowie der Eigenbeilage.

Redaktionsschluss: 04.08.2020.